

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühren betragen für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 277.

Donnerstag, den 26. November 1908.

15. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Die neuen Steuerprojekte.

IV.

3. Die Weinsteuern.

Soweit die Weinsteuern als Luxussteuer betrachtet wird, hat sie die Fehler einer solchen: geringe Erträge bei hohen Erhebungskosten und leichte Hinterziehung. Die Steuer, die Herr Sydow plant, ist indessen durchaus keine Luxussteuer, denn sie soll auch den Konsum billiger Weine, wenigstens soweit sie in Flaschen verkauft werden, treffen. Nun ist freilich der Konsum von Wein in Deutschland, soweit nicht speziell die Weinbauenden Provinzen in Betracht kommen, der arbeitenden Klasse nicht allgemein zugänglich, aber es ist deshalb nicht minder diese Konsumsteuer zu verwerfen. Schon prinzipiell müssen wir eine solche indirekte Steuer verwerfen, das Projekt des Herrn Sydow aber ist so konfus, daß es schon deshalb verdient, schnelligst im Orkus zu verschwinden. Dazu kommt, daß die Interessen der Winzer, die zum Teil schwer um ihre Existenz kämpfende Kleinbauern sind, bedroht werden und ebenso die Interessen des Handels.

Warum Herr Sydow ausgerechnet auf die Flaschensteuer gekommen ist, ist nicht ganz klar. Bekanntlich wird in den Weinländern der billige Wein vorwiegend direkt aus dem Faß verzapft. Inbesseren wäre es wohl verfehlt, anzunehmen, daß die Rücksicht auf diesen Konsum maßgebend war. In der Begründung findet sich nämlich ein Satz, der zu denken gibt: „Eine solche Steuer (Flaschensteuer) empfiehlt sich auch um deswillen, weil sie die Möglichkeit gibt den gesamten offenen Wein für die Landesweinsteuer frei zu lassen.“ Ist etwa die Einführung solcher Steuern in den Einzelstaaten (von den Weinbauenden Ländern haben bisher nur Württemberg, Baden und Elsaß-Lothringen eine Weinsteuern) bereits eine beschlossene Sache?

Selbstfalls wird in dem Entwurf der billige Wein durchaus nicht geschont. Der Plan ist nämlich folgender: von jeder Flasche Wein (gleichviel ob ganze oder halbe Flasche) wird eine Steuer von 5 Pfg. erhoben. Wein, der mehr als 1 Mk. pro Flasche kostet, wird mit einem Steuerzuschlag belegt, der nach folgender Staffel normiert ist:

mehr als	1 Mk. bis	2 Mk.	—,10 Mk.	Steuerzuschlag
2	4	—,20	—	—
4	6	—,50	—	—
6	10	1,—	—	—
10	20	2,—	—	—
20	—	3,—	—	—

Der ganz billige Wein, unter 1 Mk. die Flasche, wird also mit einer Steuer von mindestens 5 Prozent getroffen und je billiger er ist, desto höher ist die Steuer. Bei einer halben Flasche im Preise von 40 Pfg. z. B. beträgt die Steuer 12½ Prozent, dagegen von einer Flasche im Preise von 10 Mk. beträgt die Steuer 105 Pfg., also nur 10½ Prozent.

Nun werden nach Schätzung des Herrn Sydow an 180 Millionen Flaschen Wein jährlich getrunken und davon sind 80 Prozent in Preislagen unter einer Mark. Das wären 144 Millionen Flaschen, was bis 5 Pfg. Steuer 7 200 000 Mk. ergibt. Die übrigbleibenden 36 Millionen Flaschen dagegen würden 1 800 000 Mark Grundsteuer und — nach der Schätzung — 7 200 000 Mk. Zuschlag bringen. Wein im Preise bis zu einer Mark die Flasche trinken nur jedenfalls nur die Wenigbemittelten. Sie sollen 7 200 000 Mark Steuer aufbringen, während die Wohlhabenden und Reichen 9 000 000 Mark aufbringen sollen. Von einer Luxussteuer zu sprechen, ist also hier wenig angebracht.

Daß die Interessen der Winzer schwer bedroht sind, ist gar keine Frage. Der Weinbau Europas ist seit Jahren in Nöten, weil sich hier die Geschichte der überfressenen Konkurrenz, die die Weizenpreise warf, wiederholt. Es haben eben die von der Natur beim Weinbau begünstigten Länder im schnellen Tempo ihre Produktion erhöht. In Kalifornien wird heute vorzüglicher Wein in gewaltigen Mengen gewonnen und dieses Produkt verdrängt die europäischen Weine vom amerikanischen und englischen Markt. Kapland ist diesem Beispiel gefolgt. Dazu kommt die Entwicklung des Weinbaus in Rußland (in der Arim und im Kaukasus), der einen großen Teil des russischen Konsums schon heute deckt. Auch in Griechenland sind große Fortschritte gemacht. Diese Konkurrenz hat bereits die südfranzösischen Winzer ruiniert und sie zu einer Verarmungsrevolte getrieben. Auch die deutschen Winzer bleiben nicht verschont und schon seit langer Zeit klagen sie Stein und Bein. Es ist hier wie beim Weizen: die europäischen Produzenten werden von der Konkurrenz

zurückgedrängt, der Weltmarktpreis sinkt, während der Bodenpreis unerträglich hoch ist. Der Winzer in Kalifornien und Kapland, dem der Weinberg mehr und mehr besseren Wein liefert als der Weinberg an der Mosel, kauft das Land zu einem Spottpreis, zu einem kleinen Bruchteil dessen, was der Winzer an der Mosel anlegen muß. Die einzige Rettung sehen die Winzer daher mit Recht in der Ausdehnung des Weinkonsums. — Die Steuer aber wird zweifellos bewirken, daß der Konsum zurückgeht. Denn hier ist es umgekehrt, wie beim Bier: der Konsum von Wein ist nicht in weiten Kreisen zur Gewohnheit und Sitte geworden, er kann entbehrt werden und er wird sofort eingeschränkt, wenn der Preis auch nur um ein geringes steigt.

Herr Sydow meint nun, der Konsum würde nur vorübergehend zurückgehen, das lehre die Schaumweinsteuer. Nun, auch eine nur vorübergehende Abnahme des Konsums genügt, um viele Tausende von Winzern für immer zu ruinieren. Dabei ist die Verunsicherung auf den Konsum des Schaumweins nicht stichhaltig. Nach Einführung der Steuer im Jahre 1902 ist der Konsum zurückgegangen; gehoben hat er sich etwas in den Jahren 1906 und 1907. Das waren Jahre einer beispiellosen Prosperität, die Geschäfte gingen flott und da ließ man wohl die Champagnertröpfchen knallen. Im letzten Jahre soll der Abfall stark zurückgegangen sein, da die Krise auch hier ihre Wirkung übt.

Aber nicht nur die Höhe der Steuer dürfte ungünstig auf den Absatz von Wein einwirken, sondern auch die Art und Weise der Erhebung der Steuer. Mit der Erhebung hat es eben hier seine Haken. Bei Bier und Brautwein und auch beim Schaumwein ist die Sache einfach: da wird an der Produktionsstätte die Steuer erhoben; beim Wein geht das nicht, denn man kann nicht jedem Winzer und jedem Großhändler einen Steuerbeamten beigegeben, der Tag und Nacht Wache hält. Es soll also der Händler, der Wein in Flaschen an das Publikum verkauft, die Steuer entrichten, indem er Steuerzeichen draufpappet, sobald er den Wein aus dem Lager gibt. Dabei haftet der Händler für die Steuer und wird mit hohen Strafen belegt, wenn er sich Verstöße zuschulden kommen läßt. Der Spezialhändler wird nun wohl oder übel die ganze Plackerei über sich ergehen lassen müssen, aber viele Millionen Flaschen Wein, besonders der billigeren Sorten, werden von Kolonialwarenhändlern und Krämern vertrieben, und diese Art des Vertriebs trägt zweifellos dazu bei, den Weinkonsum zu popularisieren. Es fragt sich nun, ob diese Händler Lust haben werden, sich der Plackerei und Verantwortlichkeit auszusetzen, oder es vorziehen werden, überhaupt keinen Wein zu führen. Das letzte ist das wahrscheinlichere.

Und nun die Ergebnisse für das Reich. Der Ertrag läßt sich nicht im entferntesten voraus berechnen. Gibt es doch nicht einmal eine Produktionsstatistik, die auch nur annähernd zuverlässig wäre, noch weniger eine Preisstatistik. In der Begründung werden allerdings Schätzungen angeführt, aber die Zahlen können ebensogut um 50 Prozent zu hoch, als 50 Prozent zu niedrig gegriffen sein. Wenn also Herr Sydow schließlich den mutmaßlichen Ertrag auf 20 640 000 Mk. berechnet, so kann man nur mit dem Achseln zucken: es ist das Ergebnis einer Rechnung mit lauter Unbekannten. Nur eine einzige Zahl ist greifbar: die Erhöhung der Schaumweinsteuer soll 5 300 000 Mark bringen (die in obiger Summe schon eingerechnet sind), wenn der Konsum auf der gleichen Höhe bleibt. Alles übrige ist haltlos. Möglich, daß die Herren im Ministerium richtig geraten haben, möglich, daß sie vorbeigeraten haben.

Eins aber ist sicher: selbst wenn alle Berechnungen richtig sind, soweit sie sich auf die gegenwärtige Lage beziehen, so ist gar nicht vorzusehen, wie sie sich ändern, sobald die Steuer eingeführt wird. Vor allem können sich die Reichen und Wohlhabenden in hohem Maße der Steuer entziehen, indem sie statt Flaschenwein zu kaufen, den Wein im Hause auf Flaschen ziehen. Allerdings muß dabei vermieden werden, einen Fachmann, einen Weinkäufer die Arbeit ausführen zu lassen, denn wenn nicht „zur häuslichen Gemeinschaft“ des Besitzers gehörige Menschen das Werk verrichten, ist der Wein steuerpflichtig. Eine der Kuriositäten des Projekts. Dem Staat eine Nase zu drehen, ist die Wonne eines jeden braven Bürgers, und das Gesetz in dieser Form fordert direkt zur Umgehung heraus. Auch in den Wirtschaften wird man es sich angelegen sein lassen, die Sache zu deckeln. In den Weinländern ist ja allgemein üblich, daß man den Wein aus dem Faß verzapft, ihn in Gläsern, Pokalen oder Karaffen serviert, das wird sich dann wohl überall einbürgern, denn die Weine, die unbedingt Flaschenbehandlung verlangen, sind doch die verschwindende Minderheit. Also: der Reiche, der sich ein Weinalager hält sowohl, als der, der im Restaurant Wein trinkt, wird — wenn er nicht gerade ein Proj. ist, der mit dem gerappelten Flaschenhalz brüt-

leren will — die Steuer nicht zahlen. Bleibt also nur das Publikum, das sich gelegentlich eine Flasche Wein beim Weinhändler kauft, und gerade dieses Publikum wird seinen Konsum wahrscheinlich einschränken.

Zu dieser ganz legitimen Steuerentziehung kommt die illegitime: trotz aller Schikanen wird es nie gelingen, alle Händler und Krämer so zu überwachen, daß sie die Steuer erheben. Die Schikanen aber sind Legion! Da der Winzer, der Großhändler, der Kleinhändler und selbst der Privatmann, der sich einen Weinkeller hält, zur Steuerleistung verpflichtet sind, so müssen sie alle über ihr löbliches Beginnen, Wein auf Flaschen zu ziehen, an die Steuerbehörde Anzeige erstatten und sich der Kontrolle unterwerfen. Da Flaschenweine oft Preischwankungen, und zwar sehr bedeutenden, unterliegen (der Preis steigt mit der Zeit, in der der Wein lagert, aber er kann auch sehr stark fallen, wenn die Marktverhältnisse sich ändern), so gibt es eine beständige Änderung an der Steuer. — Doch davon ganz abgesehen, male man sich einmal die Scherereien eines Kleinhändlers aus der vielleicht im Jahre ein paar Duzend Flaschen Wein verkauft; das würde in der Praxis so aussehen: Der Mann hat Anzeige zu machen. Der Steuerbeamte kommt und nimmt das Lager auf. Der Wein könnte zwar versteuert werden, aber das geht nicht gut: erstens weiß man nicht, ob der Wein überhaupt verkauft wird, es kann sich die Möglichkeit ergeben, daß er umgefüllt werden muß und — gepappt ist gepappt; folglich wird es der Mann vorziehen, erst dann das Steuerzeichen draufzupappen, wenn der Käufer die Flasche nimmt. Nun muß er sich ein Lager von Steuerzeichen verschiedener Wertes anlegen, muß über diese Steuerzeichen genau Buch führen, sie sicher aufbewahren und jedesmal, wenn der Steuerbeamte kommt, wird genau verglichen, ob die Zahl der verkauften Flaschen und der verbrauchten Zeichen auch stimmt. Zerklagt mal der Lehrling ein paar Flaschen und schafft die Scherben beiseite, dann riskiert der Mann eine Strafe wegen Steuerhinterziehung; irrt sich der Kommis im Drange des Geschäfts und pappt auf eine Flasche im Werte von 2,50 Mk. ein Zeichen, das auf eine Flasche mit 2 Mk. gehört, droht das gleiche. Notabene: auch der Kunde, der falsch versteuerten Wein bekommt, kann Scherereien haben. Wer Lust hat, mag sich alle Komödien der Irrungen weiter ausmalen. — Kurz, es wäre diese Steuer geradezu ein Muster, wie man unnütz Produzenten, Händler und Konsumenten schikanieren kann.

Aus allen diesen Gründen — Belastung des Konsums, Schädigung der Winzer, Schikanierung des Handels — ist diese Steuer unter allen Umständen zu verwerfen. Daß das Projekt überhaupt das Licht der Welt erblicken konnte, ist ein Armutsgewinn für Herrn Sydow und gleichzeitig ist es bezeichnend für den Tiefstand politischer Dinge in Deutschland, daß eine solche Allianzerei dem deutschen Reichstag unterbreitet werden kann, daß man sich mit derartigem Zeug ernsthaft befaßen muß.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Zur Reichstag

kamen am Mittwoch bei der Fortsetzung der Besprechung der Katastrophe-Interpellationen nur bürgerliche Redner zu Worte. Sie alle, mit Ausnahme des Grafen Kanitz, dessen Haß gegen die Arbeiterbewegung größer ist, als sein Agrarneid gegen die Grubenbarone, sprachen sich alle Redner mehr oder minder entschieden wenigstens für eine teilweise Erfüllung der Arbeiterforderungen aus. Herr G o t h e i n sprach im ersten Drittel seiner Ausführungen als Bergerat, dann aber als ein in seiner Art leidlich verständiger Sozialpolitiker. Der Volksparteiler C u n o schilderte aus seinen Erfahrungen als Bürgermeister von Hagen heraus die Verklavung der Kommunalverwaltungen durch das übermächtige Grubenkapital. Der Antisemit W e r n e r hätte statt Herrn Cuno lieber Herrn Muggan gehört. Bezeichnend für die soziale Gesinnung dieses Antisemiten, in dessen Augen also „Sozialistenkresserei“ auch der „Judenflämmling“, um im Wernerjargon zu sprechen, bündnisfähig macht! Der ultramontane Arbeiterführer S c h i f f e r und der leidenschaftliche Pole B r e j s k i griffen scharf die Regierung wegen ihrer gehässigen Anwendung des berüchtigten Sprachen-Paragrafen an. B e t h m a n n - H o l l w e g stammelte Rechtfertigungen, die darauf hinausliefen, daß seine gemundenen Erklärungen vom Frühjahr dieses Jahres bekanntlich als Speck für die freisinnigen Mäuse bestimmt waren, der preußischen Regierung einen Freibrief für die Drangsalierung politischer Freischafften zu sichern. Inzwischen scheint ein Teil der Freisinnigen zu der bedauernden Erkenntnis gekommen zu sein, daß zumal mit der Intelligenz eines alten

Glompels auf den Leim gekrohen zu sein. Unser Wunsch, die Debatte am Donnerstag fortzusetzen und bei der Gelegenheit das Tischenspielerkunststück des Vizekanzlers protokolllarisch festzusetzen, das Genosse Ledebour in einer temperamentvollen Rede gebührend gekennzeichnet hatte, wurde von allen bürgerlichen Parteien mit Ausnahme der Polen abgelehnt. So kommt denn am Donnerstag wieder der Syndowische Steuerfischzug heran.

Sie haben sich wieder einmal „gecirrigt“.

Nämlich die Freisinnigen im Wahlkreis Siegen-Wittgenstein, die sich, wie wir berichteten, erst zwei Kandidaten leisten wollten. Es hatten zuerst zwei freisinnige Verirrungsmännerversammlungen getagt, von denen die eine befremdlicherweise den früheren freisinnigen Landtagsabgeordneten Goldschmidt aufstellte, die andere den Kandidat Ruskhe-Rassel nominierte. Ruskhe rief ein Schiedsgericht an, das von beiden Richtungen, aus drei Volksparteilern, drei Mitgliedern der Freisinnigen Vereinigung und einem auswärtigen Unparteiischen zusammengesetzt wurde. Das Schiedsgericht trat in Laasphe zusammen und kam zu dem Urteil, daß keine der beiden Vertrauensmännerversammlungen völlig ordnungsgemäß einberufen worden sei, und daß es einer neuen gemeinsamen Versammlung bedürfe. Daraufhin erklärten die Mitglieder der Volkspartei, die Kandidatur Goldschmidt zurückziehen zu wollen. Einstimmig einigte sich daraufhin das Schiedsgericht auf die Kandidatur Ruskhe.

Ein Opfer der Kolonialskandale.

Aus Leipzig wird gemeldet: „Das Reichsgericht verwarf die Revision des früheren Geheimen Sekretariatsassistenten Dskar Pöplau, der am 4. Mai vom Landgericht I in Berlin zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden war, weil er es unternommen hatte, den Staatssekretär v. Schöner zur Vornahme einer Amtshandlung zu nötigen. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt.“

Pöplau und Wistuba sind also so ziemlich die einzigen Opfer der Kolonialskandale geblieben, denn selbst die Puttkamer, Geo Schmidt usw. sind ja frei von Schuld und Fehle befunden worden. Gerade die beiden Beamten, die angeekelt von dem skandalösen System, der Öffentlichkeit Kenntnis von den unerhörten Vorgängen unseres Kolonial-Panamas gaben, die sich also verdient nicht nur um die Nation, sondern sogar um die Kolonialpolitik selbst machten, blieben auf der Strecke!

Kohlen- und Wasserkraftsteuer.

Die liberale „Weiserzeitung“ will an die Stelle der Gas- und Elektrizitätssteuer, soweit sie den Kraftverbrauch an Elektrizität betrifft, andere Steuern setzen; sie schreibt:

Der größte Teil der Gassteuer kann praktisch nur nach dem Kohlenverbrauch bemessen werden und trifft einseitig gerade die wirtschaftlich wertvollsten zur Gaserzeugung geeigneten Kohlenorten. Eine allgemeine der zu gewerblichen Zwecken verwandten Kohle würde einerseits eine Landerhebung bedingen, die steuerkräftigen Kohlenproduzenten zur Zahlung eines angemessenen Beitrages herauszuziehen, andererseits in Verbindung mit einer Wasserkraftsteuer eine gleichmäßige Verteilung der in Aussicht genommenen Arbeits- oder Energiebesteuerung gewährleisten. Sei es nun, daß die Kohle beim Verfeuern der Grube oder beim Eintreffen an der Verbrauchsstelle steuerpflichtig gemacht wird, keinesfalls würden technische Schwierigkeiten oder eine unwirtschaftliche Festlegung von totem Kapital oder Betriebsbeschränkungen in Aussicht stehen.

Die agrarische „Deutsche Tageszeitung“ ergreift erneut diesen lächerlichen Vorschlag auf und erklärt ihn für „durchaus beachtenswerter.“ Nur sollen unter allen Umständen die kleinen ländlichen Wasserkräfte steuerfrei bleiben.

Die Regierung bleibt fern.

Die „Köln. Volksztg.“ laßt in einer offiziellen Notiz durchblicken, daß die Mitglieder des Bundesrats der Beratung der Anträge auf ein Ministerverantwortlichkeitsgesetz fernbleiben werden.

Wir marschieren!

Wieder haben wir eine Reihe Kommunalwahlsiege zu verzeichnen. In Fürth wurden 6 Sozialdemokraten, 4 Demokraten und 4 Freisinnige gewählt. Unsere Fraktion ist jetzt von 13 auf 15 gestiegen von 42 Gemeindebevollmächtigten. — In Nürnberg sind 10 Sozialdemokraten, 8 Liberale, 1 Mittelständler und 1 Zentrumsmann gewählt. — In Frankenhäusern am Pfaffenhauser Rhein sind 5 Kandidaten bei der Stadtratswahl. — Bei den Stadtverordnetenwahlen in Stettin erhielten wir 6 Mandate. Unser Stimmenzuwachs beträgt über 1000. Von 9 zu vergebenen Mandaten hatten wir 5 zu verteidigen. — Bei den Stadtverordnetenwahlen in Gottesberg in Schlesien eroberten unsere Genossen sämtliche 5 Mandate. Die Zahl unserer Gemeindevorsteher ist somit auf 7 gestiegen.

Casablanca.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ veröffentlicht den Schiedsvertrag zwischen Deutschland und Frankreich in der Casablanca-Angelegenheit. Der Vertrag bestimmt, daß ein fünfgliedriges Schiedsgericht aus den Mitgliedern des Schiedshofes im Haag zu wählen ist, und daß dasselbe über Art und Rechtsfragen zu entscheiden hat. Nach dem weiteren Inhalt des Schiedsvertrages scheint es, als ob das Schiedsgericht das ganze nächste Jahr zur Entscheidung der ihm unterbreiteten Frage gebrauchen soll.

Eine neue Einnahmequelle für den preussischen Staat.

In der „Börsen Zeitung“ weiß ein Fachmann daran hin, daß der preussische Staat mit Leichtigkeit 30 Millionen Mark Mehreinnahmen ohne neue Steuern erzielen könne. Die Jagden in den Staatsforsten sind den Königlich Oberjägern in der Weise überlassen, daß sie für jedes erlegte Stück Wild eine geringe Abgabe an die Staatskasse zu leisten haben. Dadurch kommt es, daß die preussischen Staatsforsten, die ein Areal von 2,8 Millionen Hektar umfassen, eine Einnahme aus der Jagd von bloß 10 Pfennig pro Hektar ergeben. Aus den Gemeindeforesten im Lössen, die rings von Staatsforsten umgeben sind, ziehen

die Gemeinden dagegen rund 13 Mark pro Hektar aus der Verpachtung der Jagd. Wenn Preußen die Jagd in den Staatsforsten ebenfalls an Jagdliebhaber verpachten würde, so würden sich mindestens 30 Millionen Mark Mehreinnahmen erzielen lassen. Die Regierung ist deshalb gegen diesen Modus, weil ihrer Meinung nach die Oberförster „die Freude am Wald verlieren“ würden, wenn ihnen die Jagd genommen würde.

Die Pest im ostafrikanischen Schutzgebiet.

Allen Ableugnungen zum Troh, ist es doch Tatsache, daß in Dar-es-Salam Fälle von Pest vorgekommen sind. Aus einem Briefe, der aus Dar-es-Salam an die „Tägliche Rundschau“ gerichtet ist, ist zu entnehmen, daß dort umfassende Vorkehrungen getroffen worden sind, um eine Verschleppung oder weitere Verbreitung der Seuche zu verhüten. Pestverdächtige Erkrankungen müssen angemeldet werden, Reisende, die Dar-es-Salam verlassen wollen, müssen sich einer gesundheitspolizeilichen Untersuchung unterziehen. Der Schiffsverkehr unterliegt einer gesundheitspolizeilichen Überwachung. — Dagegen hat man vorläufig davon Abstand genommen, den Hafen von Dar-es-Salam für den Schiffsverkehrsverkehr als verseucht zu erklären.

Österreich-Ungarn.

Wieder ein sozialdemokratischer Wahlsieg. Am Sonnabend fand die Stichwahl für den italienischen Landtag im Wahlbezirk Muglia-Isola (Städlekurie) statt. Es erhielt von 353 gültig abgegebenen Stimmen der Lehrer Franz Forzenon (Sozialdemokrat) 182 Stimmen; auf den Pfarrer Muffan (christlich-sozial) entfielen 171 Stimmen. Ersterer erscheint somit gewählt.

Reichsverbandsmanieren in der Lübecker Bürgerschaft.

P. L. Zu den ständigen Gepflogenheiten des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie gehört es, gegen den verhassten Gegner, die Sozialdemokratie, Verleumdungen in die Welt zu setzen, in der Hoffnung, daß doch etwas davon hängen bleibt, auch wenn diese Verleumdungen immer wieder und wieder als solche festgenagelt und gebremst werden. Selbstverständlich findet ein solches Verfahren bei anständigen Leuten nur verdienten Abscheu. Hier in Lübeck ist bekanntlich vor einiger Zeit eine Filiale des genannten Reichsverbandes gegründet worden. Ob dieser Filiale eine größere Anzahl zahlender Mitglieder angehört, ist uns unbekannt; wir glauben aber nicht, daß das der Fall ist. Die Moral des Reichsverbandes ist hierorts jedoch in weitere Kreise des Bürgertums übergegangen.

Davon zeugt folgender Vorfall, der sich am letzten Montag in der Versammlung der Lübecker Bürgerschaft zugetragen hat. Zur Debatte stand das unerhörte Vorgehen des Stadt- und Landamtes, welches die Wahl eines unbescholtener tüchtigen Mannes zum Mitgliede des Gemeindevorstandes in Mörsing nicht beistimmt hat, weil derselbe Sozialdemokrat ist. Zwar wurde vom Senatliche behauptet, der Gewählte sei sozialdemokratischer Agitator, doch konnte schon sofort von Mitgliedern der Bürgerschaft nachgewiesen werden, daß das nicht einmal richtig ist. Wenn nun wirklich der Mann sozialdemokratischer Agitator gewesen wäre, so steht auch dann u. G. der Behörde absolut kein Recht zu, ihm die Befähigung zur Felleidung des Ehrenamtes eines Gemeindevorstandsmitgliedes abzuschneiden. Es scheint, als ob das Schlupfwort von den „ehrfürchten Gesellen“, welches von einem durchaus falsch informierten Vertreter des persönlichen Regiments gegen die Sozialdemokratie geschleudert wurde, von der Regierung unserer Republik in die Praxis umgesetzt werden soll. Dagegen müssen wir entschieden Verwahrung einlegen.

Im Laufe der Besprechung über die Handlungsweise des Stadt- und Landamtes nahm auch der Professor Dr. Baethcke das Wort; allerdings weniger um Kritik an dem Verhalten der Behörde zu üben, sondern um der Sozialdemokratie in hässlicher Weise ein sauszumischen. Professor Baethcke ist ein Mann, der sich wahrscheinlich für einen Liberalen hält. Von der Lübecker Spielart des Liberalismus unterscheidet er sich jedenfalls nur in wenigen Punkten. Anlässlich der letzten Reichstagswahl bestand bei den bürgerlichen Parteien sogar die Abicht, dem Herrn Professor die Wahlmaschmandatur zu übertragen, doch scheiterte dieser Plan an dem Widerstand der Freisinnigen Volkspartei. Professor Baethcke hat jetzt anscheinend das löbliche Bestreben, den Befähigungsnachweis für den Posten eines bürgerlichen Wahlmaschmandanten dadurch zu erbringen, daß er die Sozialdemokratie bei allen möglichen und unmöglichen Gelegenheiten in der Bürgerschaft anrempelt. Dabei ist ihm jedes Mittel recht. Auch vor der Verbreitung längst widerlegter Unwahrheiten schreckt er nicht zurück. Dafür zeugt der Vorfall am Montag.

Professor Baethcke meinte, man solle nur die Verwaltung der Gemeinde Mörsing in die Hände der Sozialdemokratie übergeben lassen, die dort sicherlich bald abwirtschaften werde. Zum Beweis, daß unsere Genossen nicht imstande seien die Verwaltung einer Gemeinde zu führen, berief er sich auf Mülhausen im Elsaß, welche Stadt durch die sozialdemokratische Mißwirtschaft bis zum Ruin gebracht worden sei. Diese Behauptung ist direkt unwahr. Wir nehmen vorläufig an, daß Professor Baethcke nur das Opfer eines von gewisser Seite verbreiteten Schwindels geworden ist; dann ist sein Vorgehen allerdings immerhin mindestens leichtfertig. Wenn er aber würde, daß die Legende von der „sozialdemokratischen Mißwirtschaft in Mülhausen“ schon längst auch von bürgerlicher Seite zertrütert ist, dann fehlt uns für das Verhalten Baethckes jeder parlamentarische Ausdruck.

Wie steht es nun mit der angeblichen sozialdemokratischen Mißwirtschaft in Mülhausen? Die gut bürgerliche „Frankfurter Zeitung“ schreibt darüber in zwei Artikeln die am 25. und 26. August erschienen sind, u. a.:

Als vor sechs Jahren die sozialistisch-demokratische Mehrheit des Gemeinderates in der Wahl Dr. Kapiers, dem der Ruf eines energischen und tüchtigen Verwaltungsbekanntem vorausging, das Heil und die Ordnung der Stadtverwaltung sah, gehörte Mülhausen nicht zu den modern geleiteten Gemeinden des Landes. Die Notabelnwirtschaft auf dem Rathaus hatte die Stadt äußerlich und innerlich verwahrloset lassen; die Fabrikanten, die hinter ihren Werkzeugen im Gemeinderat standen, führten auf Summi auch über schlecht beleuchtete und ungeplankte Straßen, soziale Gesetze waren auch solchen Kreisen der herrschenden Klasse, die sich Liberalen nannten, fremd; die Schule

war nur eine Last, die allzuviel Geld kostete, für die das Schlechteste noch zu gut war; die Lehrer petitionierten jahrelang um zeitgemäße Aufbesserungen, und die städtischen Arbeiter und Beamten standen in mehr als ungleichen Verhältnissen. Die innere Organisation der Verwaltung war die einer Kleinstadt: Registratur und geordnete Behandlung der Geschäfte in Refektorien waren unbekannt. Kunst, Hygiene und Wohlfahrt zählten zum Vorbehaltsgut einer Oberstadt, die in der Lage war, sich an der Kultur anderer Städte zu beteiligen. Als in solche Zustände die fröhlige Initiative einer fortwährenden Stadtverwaltung eintrat, fehlte es zwar nicht an Aufgabem, aber doch an den Voraussetzungen eines fortschrittlichen Gemeinwesens bei einem Teil der Mülhausen, sobald sich herausstellte, daß zur Einholung des in Mülhausen wohnenden Verfallenen erhebliche Opfer nötig waren.

Die „Frankfurter Zeitung“ schildert dann an Einzelheiten die gewaltigen Fortschritte, die seitdem gemacht wurden. So im Schulwesen der Stadt: Hand in Hand mit seiner äußeren Reorganisation ging die innere Erweiterung und Verbesserung des Schulbetriebes. Die schon 1893 gegründete, aber veraltete Volksschule wurde durch Einrichtung von Parallelklassen, von Klassen für Ohren- und Augenleidende, eines Vorkurses und einer Abschlussklasse, ferner durch Angliederung eines Hortes und eines Fortbildungskurses erweitert; zur Heranziehung tüchtiger Lehrer wurden 400 Mk. Zuschuß zum Elementarlehreergehalt und zur Speisung bedürftiger Mülhäusler ein Kredit von 2000 Mk. bewilligt. Durch Ortsstatut vom 29. Juli 1904 wurde der obligatorische Fortbildungunterricht für Handwerker und das Handelsgewerbe festgesetzt, durch Gemeinderatsbeschluss vom 28. Juli 1905 auch auf Fabrikarbeiter ausgedehnt. Mülhausen stellte als erste Stadt in Misch-Verkehrung ständige Fortbildungsschullehrer ein, von denen zwei sich durch Besuch der Spinn- und Webeschule eine besondere Qualifikation für den schwierigen Unterricht in den Arbeiterklassen erworben. Am 2. Oktober 1905 wurde die Mädchenfortbildungsschule eröffnet, die eine hauswirtschaftlich-gewerbliche und eine kaufmännische Abteilung umfaßt. Die Zahl der Kurse mußte infolge des starken Andranges von Halbjahr zu Halbjahr vermehrt werden, sodas sich diese Gründung glänzend bewährt hat. Schon vorher war die Mädchenmittelschule ins Leben gerufen worden, die jetzt in 14 Klassen über 500 Schülerinnen zählt und in deren Lehrplan, um ein Beispiel zu geben, auch Stenographie seit einem Jahre eingeführt ist. Sowohl in dieser Schule als in verschiedenen Klassen der Volksschule ist für die Mädchen, die künftigen Mütter eines neuen Geschlechts, Unterricht im Turnen, Spiel und Schwimmen eingeführt. Die Kleinkinderschulen wurden aus Bewahranstalten allmählich zu Erziehungsinstituten, mit einer Hauptlehrerin an der Spitze, umgewandelt, als welche sie einen Unterbau der Volksschulen darstellen (zwei neue Gebäude, die circa 100 000 Mk. kosteten). Für erholungsbedürftige Kinder wurde das Kinderheim in Pfaffstadt gegründet, ein Vorkäufer der Volksschule, durch die Mülhausen neben Charlottenburg vorbildlich geworden ist. Diese wurde am 7. Mai 1906 eröffnet mit 100 Kindern; im zweiten Jahre waren es 200. Aufgenommen werden hochgradig Anämische und Unterernährte, ausgeschlossen sind Herzkrante, Strophöse (diese werden in Soolbäder geschickt) und Lungentrante. Der nur zweistündige Unterricht wird im Freien erteilt; die Schule dauert von Mai bis Oktober und hat nach allen Richtungen hin hoch befriedigt. Die Kosten der Einrichtung beliefen sich auf 19 000 Mark, die Betriebskosten 1906 auf 15 000 Mk., 1907 auf 22 000 Mk. Neben diesen Einrichtungen bestehen seit Ostern 1907 in städtischem Betrieb 12 Kinderhorter mit je 50 Kindern. Was im übrigen zur Modernisierung des Unterrichts und zur Pflege der Jugend geschehen ist, kann im einzelnen hier nicht angeführt werden; es wurden zu Schulreisen Kredite ausgemerfen, Elternabende und Lichtbildervorführungen veranstaltet, Turn- und Zeichenunterricht wurden reformiert; gut veranlagte Volksschüler werden unentgeltlich in die Mittelschulen und in die Oberrealschule aufgenommen; ein Sprachheilverfahren wurde eingerichtet, durch Schulbäder, Schwimmen, Jugendspiele, ärztliche (Kredit 9000 Mk.) und zahnärztliche Behandlung (Kredit 5000 Mk.) wird die Schulhygiene gefördert; die Einrichtung der Suppenküche erfordert 5000 Mk. städtischen Zuschuß, die Unentgeltlichkeit der Lehrmittel gegenwärtig 35 000 Mk. Für höhere oder Spezialschulen wurden angewendet bzw. ausgemerfen: zum Umbau der Chemieschule 28 000 Mk.; zum Umbau und zur Erweiterung der Oberrealschule 225 000 Mk.; zum Neubau der höheren Mädchenschule 562 000 Mk., zum Neubau der technischen Lehrlingschule circa 225 000 Mk. Schon diese skizzierhafte Darstellung der Verwaltungstätigkeit auf dem Gebiet der Schule zeigt, daß Mülhausen sich in verhältnismäßig kurzer Zeit in die vorberste Reihe der modernen Städte gestellt hat, ja daß es in manchen Einrichtungen vorbildlich geworden ist.

Weiter schreibt die „Frankfurter Zeitung“: „Das weite Gebiet der sozialen Fürsorge, auf dem der Verwaltung einer Industriestadt besonders dringliche Pflichten erwachsen, wurde in ausgedehntem Maße gepflegt. Die Lage der städtischen Beamten und Arbeiter erfuhr durchgreifende Verbesserungen, die Organisation ihrer Dienstverhältnisse wurde modern umgestaltet.“

Die Wohnungsfrage sucht man durch Bau von gefunden und billigen Kleimwohnungen für minderbemittelte Klassen zu lösen. Eine Anlage im „Wolf“ umfaßt 60 Wohnungen mit Gärten, und zwar 3 Vierzimmer-, 45 Dreizimmer- und 12 Zweizimmerwohnungen; die Ausführung 1905—1906 kostete rund 24 700 Mk. Ein anderer Komplex befindet sich im Bau; die Kosten sind auf 364 000 Mk. veranschlagt für etwa 100 Wohnungen, und zwar 15 zu Drei-, 51 zu Zwei- und 34 zu Einzimmerwohnungen. Die Mietpreise sind überall so bemessen, daß die Selbstkosten der Stadt gedeckt werden. Die Einführung einer geordneten Wohnungsinspektion ist vom Gemeinderat beschlossen und befindet sich in Vorbereitung.

Der Kampf gegen den Alkohol wurde durch Aufstellung von vier Mälcherwahrhäusern auf öffentlichen Plätzen und durch Ausgabe von Alkoholmerklättern an Kinder unternommen.

In ihrer Wirtschaftspolitik hat die Stadtverwaltung mit dem Erwerb des Elektrizitätswerks im Jahre 1906 zum Preise von 5 450 000 Mark, wie sich im Budget des vergangenen Jahres gezeigt hat, einen überaus glücklichen Griff gemacht; am Werk wurde 1907 die Zentrale erweitert; auch wurden Iternleitungen nach Wesserting, Alt- und Badenweiler angelegt. In städtische Regie wurde ferner das Abfuhrwesen übernommen unter Einführung staufreier Müllwagen. Das Wasserwerk wurde durch Erweiterung der Brunnenanlagen, durch Einrichtung des elektrischen Betriebes und durch Erweiterung von Pumpwerken, durch Vorarbeiten für die Errichtung neuer Wassergewinnungsanlagen im Rheingebiet und durch Abänderung der Wasserleitungsordnung verbessert.

Endlich sei noch in kurzem der Bemühungen der Stadtverwaltung auf den Gebieten der Kunst und Wissenschaft, und der Stadtverschönerung gedacht. Seit dem Brand des Stadttheaters in Basel unterhält Mülhausen Oper und Schauspiel auf eigene Rechnung; der Zuschuß der Stadt beträgt um die 70 000 Mk.; für die breiteren Schichten

Der Bevölkerung werden Volksvorstellungen zu Einheitspreisen, Klassenvorstellungen und Sonntagnachmittagsvorstellungen zu ermäßigten Preisen gegeben, deren Besuch auch von selten der Erfindlichsten Elemente stetig zunimmt.

Soweit die „Frankfurter Zeitung“.

Der Professor an der Universität Straßburg, Martin Spahn, schrieb f. Zt. zum gleichen Thema im „Tag“:

Vor sechs Jahren, bei den letzten allgemeinen Gemeinderatswahlen, fielen die Wahlen in Straßburg und Mühlhausen, unseren beiden größten Städten, zum erstenmal für die Sozialdemokraten günstig aus. In Mühlhausen wurden sie sofort die ausschlaggebende Partei. In Straßburg erlangten sie zunächst etwa ein Drittel der Sitze, dann bei den Wahlen im Jahr 1905, wodurch sie auch hier dank der Zersplitterung der bürgerlichen Stimmen die tatsächlich herrschende Partei wurden. Unsere Städte waren damals in sozialpolitischer Hinsicht empfindlich rückständig; auch sonst war in der Kommunalpolitik, im Vergleich zu den Städten des übrigen Deutschlands manches Mangel, zumal beim Straßenbau, in der Kanalisation und dergleichen, nachzuholen. Mittlerweile hat Mühlhausen ein ganz neues Aussehen erhalten. In Straßburg erfreut man sich ebenfalls erheblicher Verbesserungen.

So sieht die „sozialdemokratische Mißwirtschaft“ in Mühlhausen aus. Wir erwarten natürlich von Professor Baethge nicht, daß er seine unwahren Beschuldigungen zurücknimmt. Die Sozialdemokratie kann man eben nur mit unlauteren Mitteln bekämpfen, und die Verbreitung von Unwahrheiten über diese Partei gehört heutzutage zum guten Ton.

Wir wollen nun einmal an einem kleinen Beispiel zeigen, welche „Kulturkatastrophen“ denn der Mühlhauser Gemeinderat zuerst verübte, als er wieder sozialistischer war. Einer seiner ersten Handlungen war die Aufhebung des Beschlusses, wonach Gemeindevertreter nicht Lieferanten der Gemeinde sein könnten. Die Sozialdemokraten hatten die Korruptionsmöglichkeit eingeschränkt; die Bourgeois besetzten sie schließlich. Ein solches Vorgehen entspricht jedenfalls den Idealen des Professors Baethge.

Wenn Lübeck nach den Prinzipien des sozialdemokratischen Gemeinderats von Mühlhausen im Glatz verwaltet würde, so dürfte sicherlich die große Mehrheit seiner Einwohner den Vorteil davon haben.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, den 26. November.

Achtung, Zimmerer! Wegen Akkordarbeit ist über die Akkordanten (Zwischenmeister) Salow und Höpner die Sperre verhängt. In Betracht kommt der Bau Gränzmühle.

Achtung Zimmerer! Über das Geschäft des Zimmermeisters Naumann in Gohorit ist seitens der Zählstelle Stockelsdorf der Zimmerer die Sperre verhängt.

Achtung Maurer! Wegen Akkordarbeit ist über die Akkordanten (Zwischenmeister) Madel, Fackenburg, Allee Nr. 51, Pabs, Werderstraße die Sperre verhängt. In Betracht kommen folgende Bauten der Firma Görner u. Deidenerich: Klinkhausen Nr. 21-23, Gränzmühle in der Hafenstraße, Eiselbau Markt, Kalkenhof bei Schwartau.

Achtung Bauarbeiter! Über die Eiselbauarbeiten in der Marktstraße, ausgeführt von der Firma Heidenreich und Görner, ist wegen Nichtinhaltung der tariflich festgelegten Arbeitszeit die Sperre verhängt. Ferner ist die Sperre über die Arbeiten der Akkordanten F. Madel und J. Pabs in Klinkhausen und über den Bau Hafensstraße (Gränzmühle) wegen Entlassung sämtlicher Bauarbeiter verhängt.

1000 Mark für die Hinterbliebenen der verunglückten Bergleute von der Zeche „Raddob“ bewilligte gestern der Bürgerausschuß auf Antrag des Senates.

Die **Gewerbesteuer** kommt am kommenden Mittwoch in einer besonderen Sitzung des Bürgerausschusses zur Beratung.

Vortrag des Grafen zu Reventlow. Gestern Abend fand im Kolosseum eine auf geheimnisvolle Weise einberufene Versammlung statt, in welcher ein Graf Reventlow einen Vortrag über die Finanzreform hielt. Selbstverständlich fehlte bei der öffentlichen Ankündigung dieses Vortrages jedwede Namensnennung des entrichtenden Vereins, weshalb man zu der Annahme kommen mußte, daß da der Redner am heutigen Donnerstagabend in der Ortsgruppe Hamburg des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie über ein ähnliches Thema spricht, auch hier die hiesige Ortsgruppe des Reichsverbandes die Veranstalterin sei und der Referent dieser Richtung angehöre. Letzteres wird auch wohl der Fall sein. Es hatten sich etwa 120 Personen in dem großen Saal eingefunden, was für die Veranstaltung wohl eine bittere Enttäuschung gewesen ist, denn sicher hatten sie gehofft, daß der Grafenitel mehr Zugkraft besitzen würde; aber diese Hoffnung war verfehlt. Verschiedene Anwesende schienen voll auf befriedigt, wenn sie dem Herrn Grafen vorgeleitet wurden und einige Worte mit ihm wechseln durften. Nachdem diese Vorstellungszeremonie beendet war, wurde mit einigen einleitenden Worten die Versammlung eröffnet und der „hohe“ Redner begann seine Ausführungen. Gleich zu Anfang betonte er, daß er auf die einzelnen Steuern nicht eingehen, sondern sich nur über die Notwendigkeit der Finanzreform verbreiten werde. Er hob besonders hervor, daß vor allem die Finanzwirtschaft entlastet sei durch Ausgaben für Armee, Marine und selbstverständlich — Sozialpolitik. Die Ausgaben für Meer und Marine halte er für Kulturaufgaben, denn durch diese würde die Kultur gefördert. Wahrscheinlich, wie die Kultur beim Militär gefördert wird, dafür liefert ja jeder Tag neue Beweise. Infolge Anwachsendes des Nationalvermögens, meinte der Herr Graf, würde man eine Steuererhöhung nicht veripüren und wäre diese auch gerechtfertigt. Wir möchten ihm raten, einmal einen Arbeiter zu fragen, was der vom Anwachen des Nationalvermögens in seiner Tasche gemerkt hat. Wenn diejenigen, welche das gewachsene Nationalvermögen erhalten haben, die neuen Lasten tragen sollten, wäre sicherlich nichts dagegen einzuwenden. Weiter schilderte er einen eventuellen Krieg in recht feinsinnigen Farben, sodaß einem beinahe gruselig werden konnte. Zum Schluß seines Vortrages meinte Redner, daß das Volk nicht arm sei, sondern mit Leichtigkeit die Lasten trage. Der Tabak- und Alkoholversteuerung wäre nur zuzustimmen. Nach seiner Ansicht mache die Tabaksteuer für den Arbeiter eine Mehrbelastung von 21 Pfg. die Woche aus und das wäre nicht so schlimm; sollten wirklich einige das Rauchen ganz einstellen, so würde das ihrer Gesundheit nur von Vorteil sein. Also mit einigen recht klagen Redensarten half der Herr Graf sich über diese Steuern, die den Arbeiter nicht nur als Konsumenten schwer treffen, sondern auch Laubende brotlos machen, hinweg. Den besten Weg leitete er sich durch die Behauptung, daß der Arbeiter seine gute Stellung wurde nicht eingetretet; jedenfalls befürchtete man, daß in der selben entgegengesetzte Meinungen geäußert werden könnten, und das muß zur Erhaltung der Einigkeit vermieden werden. Also erhoben sich denn die Anwesenden von ihren Plätzen in der Meinung, daß jetzt Schluss eingetreten sei und fleuerten ihren heimlichen Benutzen zu, stolz in dem Bewußtsein, einen Grafen gehört zu haben. Und das ist doch schon etwas, wenn ein solcher zum Volke hinabsteigt.

Schiedsgericht für Arbeiterversicherung. Sitzung vom 25. November 1908. Der Gläubigerbalkenarbeiter G.— hat am 9. Dezember 1907 im Betriebe der Lübeck-Büchener Eisenbahngesellschaft dadurch einen Betriebsunfall erlitten, daß ihm durch Herunterfallen einer Riste der Schlüssel des rechten Fußgelenks zweimal gebrochen wurde. Er bezog hierfür zunächst die Vollrente, die ihm aber durch Beschluß der Privatbahnberufsgenossenschaft, gestützt auf ein Gutachten des behandelnden Arztes Dr. St. und des Vertrauensarztes der Berufsgenossenschaft Dr. M., auf 40 Prozent herabgesetzt wurde. Er erhebt hiergegen Einspruch mit der Begründung, daß ihm auch die leichtesten Arbeiten, infolge der in der Bruchgegend auftretenden Schmerzen, nicht auszuführen möglich sei. Er beantragte eine Rente von 66 2/3 Prozent. Das Schiedsgericht beschließt ein Obergutachten von Herrn Medizinalrat Dr. R. von hier einzuziehen. — Der Vermessungsarbeiter Dr. H. ist am 21. August 1908 dadurch zu Unfall gekommen, daß er über einen Baumstamm stolperte und sich hierbei eine Verstauchung des rechten Handgelenks und des rechten Daumens zuzog. Auch dieser Betriebsunfall ereignete sich bei der Lübeck-Büchener Eisenbahngesellschaft. Nach dreiwöchentlicher Krankheit hat er seine Arbeit zu denselben Lohnverhältnissen wie vor dem Unfall bei derselben Gesellschaft wieder aufgenommen. Am 1. Juli d. J. ist er entlassen. Jetzt stellte sich bei der Suche nach anderer Arbeit heraus, daß Folgen des am 21. August 1908 erlittenen Unfalles verblieben sind; er erhebt deshalb, nachdem die Privatbahn-Berufsgenossenschaft die Gewährung einer Rente abgelehnt hat, gegen diesen Beschluß Berufung beim Schiedsgericht mit dem Antrage, ihm eine seinem Zustand entsprechende Rente zu gewähren. Auch in diesem Falle soll vom Medizinalrat Dr. R. ein Obergutachten eingeholt werden. — Der Arbeiter Schw. ist im Betriebe der Firma G. u. Co. im Oktober 1907 in einen Fahrstuhlbruch hineingefallen. Er hat sich hierbei eine Verletzung des Schulterblattes, Bruch des Schlüsselbeins und Quetschungen des Rückens zugezogen. Schw. ist zunächst dem Allgemeinen Krankenhaus hier überwiesen, später von Herrn Dr. S.—Stockelsdorf weiterbehandelt. Dieser hält ihn noch, infolge seiner Rückenbeschwerden, für voll erwerbsunfähig, befürwortet aber Krankenhausbehandlung. Die Nahrungsmittel-Industrie-Berufsgenossenschaft hat ihn hierauf am 1. Juli d. J. dem Allgemeinen Krankenhaus wieder überwiesen. Er ist hier bis zum 9. Juli beobachtet, und der begutachtende Assistenzarzt Dr. St. kommt zu dem Resultat, daß Schw. simuliert. Dr. St. hält den Kläger für voll erwerbsfähig. Die Berufsgenossenschaft lehnt deshalb einen Rentenanspruch ab. Das Schiedsgericht beschließt auf Antrag des Vertreters des Klägers ein Obergutachten des Medizinalrats Dr. R. über den Zustand des Schw. einzuziehen. — Frau B. bezog von der Nahrungsmittel-Industrie-Berufsgenossenschaft für eine im Jahre 1902 erlittene schwere Verletzung der linken Hand zuletzt noch eine Rente von 10 Prozent. Sie ist im August d. J. wiederum vom Oberarzt des Allgemeinen Krankenhauses Dr. R. untersucht und dieser hält die Hand für völlig normal. Die Berufsgenossenschaft hatte deshalb den Antrag an das Schiedsgericht auf Erlass einer einstweiligen Verfügung auf Einstellung der Rente ab 1. November ds. J. gestellt. Dilem Ersuchen war das Schiedsgericht in einer früheren Sitzung gefolgt. Im heutigen Termin überzeugt sich das Schiedsgericht durch Inaugensichnahme der Hand, daß von einer normalen Beschaffenheit der Hand keine Rede sein kann und verurteilt die Berufsgenossenschaft auch über den 1. November hinaus die 10 Proz. Rente weiter zu gewähren. — Der Arbeiter G. ist im Betriebe der Firma L. und W. als Rammführer verunglückt. Für diesen Unfall ist ihm von der Tiefbau-Berufsgenossenschaft eine Rente von 33 1/2 Prozent nach einem Jahresarbeitsverdienst von reichlich 1100 Mark gewährt. Der Verletzte erhebt nicht gegen den Prozentfuß, wohl aber gegen den zu Grunde gelegten Jahresarbeitsverdienst Einspruch. Da Kläger noch nicht ein volles Jahr bei der Firma beschäftigt war, war der Verdienst eines gleichartigen Arbeiters herangezogen und die Berufsgenossenschaft in einer früheren Sitzung verurteilt, der Rentenberechnung die Summe von 1491,10 Mk. zu Grunde zu legen. Hiergegen hatte sie Rekurs an das Reichsversicherungsamt eingelegt, mit dem Erfolge, daß die Sache an das Schiedsgericht zurückverwiesen wurde, da der Jahresarbeitsverdienst des gleichwertigen Arbeiters nicht einwandfrei festgestellt sei. Es wurden auch noch weitere Monitis erhoben. Das Schiedsgericht kommt in der heutigen Verhandlung jedoch zu demselben Resultat wie früher. — Der Arbeiter M. ist im Betriebe der Aktiengesellschaft für Holz- und Ziefbau in Büsfeldorf bei einer hiesigen Bauausführung zu Schaden gekommen. Er erlitt einen Bruch des rechten Unterarmes, wovon er nahezu ein Jahr im hiesigen Allgemeinen Krankenhaus, bis zum 2. August d. J., behandelt wurde. Die Ärzte des Hauses schätzten ihn bei seiner Entlassung noch für 75 Prozent erwerbsbehindert. Die Tiefbau-Berufsgenossenschaft setzte deshalb die Rente durch Beschluß in dieser Höhe vom 3. August ab fest. Hiergegen legte der Verletzte Berufung ein, mit dem Antrage, ihm auch fernerhin die Vollrente zu gewähren. In der heutigen Sitzung ermächtigt der Kläger jedoch keine Ansprüche dahin, daß er die Vollrente nur bis zum 25. Nov. verlangt, dann aber mit der Rente von 75 Proz. sich zufrieden erklärt, da sein Zustand sich in letzter Zeit gebessert habe. Das Schiedsgericht verurteilt die Berufsgenossenschaft zur Zahlung der Vollrente vom 8. August bis zum 25. November; im übrigen bleibt der Beschluß derselben zu Recht bestehen. — Dem Arbeiter T.—en ist beim Verladen von Eisenbahnwaggon am 14. Dezember 1907 eine derselben auf beide Hüfte gefallen. Bis zum 31. Januar d. J. ist er in ärztlicher Behandlung gewesen. Die Tiefbau-Berufsgenossenschaft lehnt, gestützt auf ein Gutachten des behandelnden Arztes Dr. R., der an dem Verletzten nichts mehr finden kann, eine Entschädigung ab. Das Schiedsgericht beschließt die Einholung eines Obergutachtens von Herrn Medizinalrat Dr. R. — Dem Maschinist J. ist im Betriebe der Firma Holzmann, G. m. b. H., die linke Hand recht schwer verletzt. Der Unfall ereignete sich im Jahre 1902 und er bezog hierfür eine Rente von 40 Prozent, die ihm jetzt durch einen Beschluß der Tiefbau-Berufsgenossenschaft auf 30 Proz. herabgemindert wird. Das Schiedsgericht überzeugt sich nach Inaugensichnahme der Hand, daß eine Rente von 40 Prozent noch für angemessen erscheint und verurteilt die Berufsgenossenschaft demgemäß. Dem Kläger werden außerdem an Reisekosten 6.60 Mk. zugebilligt. — Der Arbeiter W. ist im Jahre 1898 im Betriebe der Stauer Kr. und W. auf dem Dampfer „Rußland“ verunglückt. Er bezog für diesen Unfall bisher die Vollrente. Er ist auch in den folgenden Jahren des öfteren untersucht, es ist jedoch bisher keine Besserung festgestellt worden. Im September dieses Jahres ist W. dem Dr. Kunze in Hamburg zur Begutachtung überwiesen, der infolge seiner Beobachtungen den Verletzten nur noch für 33 1/2 bis 40 Prozent erwerbsbeschränkt hält. Die Lager-Berufsgenossenschaft stellt deshalb an das Schiedsgericht den Antrag, im Wege der einstweiligen Verfügung vom 1. Dezember dieses Jahres ab die Vollrente auf 33 1/2 Prozent herabzusetzen. Das Gericht lehnte diesen Antrag, bis zur Erledigung der Sache im ordentlichen Verfahren ab.

Sanitätsregister. Am 25. November 1908 ist eingetragen: 1. die Firma Walter & Ehlers, Lübeck. Inhaber: Kaufmann Walter Johannes Paul Ehlers in Lübeck, 2. bei der Firma H. Faasch in Lübeck: Die Firma ist erloschen.

Wahl. Von der Gemeindeversammlung in Blankensee ist der bisherige Vorsitzende des Gemeindevorstandes Hufner Hermann Joachim Christoph Scharbau in gleicher Eigenschaft auf die gestellte Amtsbauer von 6 Jahren wieder gewählt worden.

pb. Diebstahl. Ein hiesiger Kaufmann brachte zur Anzeige, daß ihm aus seinem unverschlossenen Geldschrank ein Karton mit einem Paar Brillantohrringen im Werte von 180 Mk. abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden sei.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Heute Donnerstag gelangt Gounods große Oper „Margarethe“, welche einen so glänzenden Erfolg zu verzeichnen hatte, zur nochmaligen Aufführung. An Stelle des erkrankten Hrl. Barisch tritt H. E. L. E. N. E. S. O. F. F. e. n. b. e. r. g. vom Stadttheater in Hamburg ein Gastspiel als Margarethe abzuwirken. — Morgen Freitag kommt der Operetten-Schlager „Ein Walzertraum“ von Oskar Straus, dessen Zugkraft sich immer noch steigert, zum bereits 6. Male zur Aufführung. — Am Sonnabend geht Friedrich Hebbels phantastische Komödie „Der Diamant“ in neuer sorgfältigster Einstudierung in Szene.

Schwartau. Die Sprechstunde des Arbeiter-Sekretariats findet hier am Freitag, den 27. November, abends von 5-8 Uhr, im Lokale „Transvaal“ statt.

Schwarzbeck. Unsittliches Attentat. Gegen eine 60jährige Frau wurde von einem unerkannt entkommenen Manne ein Attentat verübt. Ein auf ihre Hilfe herbeieilender Knecht befreite sie aus den Händen des Unholdes, der vorher schon ein Attentat auf ein junges Mädchen versucht hatte.

Hamburg. Die Bürgerschaft bewilligte 10000 Mark für die Hinterbliebenen der Opfer von Arabod und ersuchte den Senat, durch Beschleunigung staatlicher Arbeiten im Winter die Arbeitslosigkeit zu lindern. — Durch einen Starkstrom tödlich verletzt wurde am Mittwoch nachmittag gegen 4 Uhr auf dem Altonaer Hauptbahnhof der Eisenbahnbeamte Rosenberger. Als er die Fenster eines elektrischen Zuges pugen wollte und auf das Dach eines Wagens gestiegen war, kam er mit dem Leitungsdraht in Verbindung, wurde vom elektrischen Starkstrom getroffen und stürzte auf den Perron hinab, wo er mit schweren Kopf- und inneren Verletzungen benutzlos liegen blieb. Rosenberger wurde zwar noch lebend, jedoch tödlich verletzt durch die Sanitätskolonne der Königl. Eisenbahn mittelst Kaderfarre dem städtischen Krankenhaus zugeführt.

Wandsbek. Grobfeuer. Donnerstagabend 8 1/2 Uhr brach in den Werken der Firma F. C. de Bruyn, Wandsbek, Fensfelderweg, ein Großfeuer aus, das, da die Wandsbeker freiwillige Löschmannschaft nicht ausreichte, die Hamburgs Feuerwehrt mit den Zügen 1 und 5 in Angriff nahm. Unter der Leitung des Branddirektors Westphalen war die Mannschaft bis in die Nacht hinein mit dem Löschens tätig. Die Werke sind zerstört.

Kiel. Einen schönen Erfolg brachte der Sozialdemokratie die gestrige Stadtverordnetenwahl. Unsere drei Kandidaten Privatier G. Mähl (der auf ein Jahr in die Stadterverteilung gewählt worden war und in diesem Herbst auscheiden sollte), Kolporteur R. Grünig und Zimmerer H. Marten sind mit 6394 bzw. 6392 und 6373 Stimmen gewählt worden. Die bisherigen bürgerlichen Stadterordneten Chefredakteur Niepa, Konrad Kehwe und Kaufmann A. Kaulsen unterlagen mit 6047 bzw. 6231 und 6166 Stimmen.

Odenburg i. S. Ein Unglücksfall mit tödlichem Ausgang ereignete sich beim Farber Forsthaus, wo dem Hüfner Grader aus Wangels die Pferde durchgingen, sodaß er und seine Frau vom Wagen stürzten. Diese erlitten einen doppelten Schädelbruch und war sofort tot, während der Mann mit leichten Verletzungen davonkam.

Schiffsnachrichten.

In Travemünde angekommen Schiffe.

Mittwoch, 25. November.

D. Lily, Kapl. Gustafson, von Karlsbad in 3 T.

D. Lübeck, Kapl. Lundin, von Kopenhagen in 14 St.

D. Luna, Kapl. Klemschüssel, von Kiel in 12 St.

D. Bussard, Kapl. Nachtweg, von Reval in 3 T.

D. Rußland, Kapl. Hünemörder, von Reval in 3 T.

D. Patia, Kapl. Dahl, von Stettin in 1 T.

D. Thor II, Kapl. Jörgensen, von Nakstov in 8 St.

D. Ameliese, Kapl. Thiel, von Königsberg in 40 St.

Von Travemünde abgegangene Schiffe.

Mittwoch, den 25. November.

D. Gyrech, Kapl. Davidson, nach Hlensburg.

Nuroa, Kapl. Schlöcker, nach Keutadt.

Kapp, Kapl. Sundquist, nach Karlsbad.

D. Svithiod, Kapl. Borg, nach Stockholm.

D. Halland, K. Rollberg, nach Kopenhagen.

Schiffsbewegung.

D. Imatra, Kapl. Bierom, ist Mittwoch vormittag in Wiborg angekommen.

D. Fram ist Mittwoch nachmittag von Libau auf hier abgedampft.

D. Deutschland ist Mittwoch morgen in Riga angekommen.

Briefkasten.

K.—r, Bundesstraße. Wenn noch irgend etwas Verbesserungsvorhanden ist, dann gibt es keine Unterstüzung. Deshalb die Feststellungen.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“, und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig; für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stellung. Verleger: F. H. Schöwarz. Druck: F. H. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck

finden durch den „Lübecker Volksboten“ in den Kreisen der wertvollen Volks weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „Lübecker Volksboten“.

Inserate

Mache hiermit öffentlich bekannt, daß der Brotträger Karem von dem heutigen Tage an keinerlei Gebäck mehr für mich austrägt und möchte ich meine werten Kunden recht herzlich um ihr ferneres Wohlwollen ersuchen.

Theodor Voigt,
Bäckerei und Konditorei,
Hilgertor-Allee 3.

Brompte Bedienung und Lieferung frei Haus.

Zahle für Hausstandslumpen Pfd. 3 Pf.
frei Haus und Postkarte. Eisen, Zeitungen, Metall und Felle kauft zu hoch. Tagespreisen
Kleinfeld, Waisenhoffstr. 25.

Die Arbeiter-Garderoben
aus dem Spezial-Geschäft von
Lübeck Markt 4 Otto Albers Kohlen 10.
sind vorthellhaft bekannt durch gute Verarbeitung und sehr billige Preise. U. A.:
Leberhosen 2,20-6,45
Maanerhosen 2,60-6,75
Schloßerhosen 1,88-5,25
Heberziehhosen 1,08-2,35
Zwirn-Hosen 1,68-3,25
Leinene Jacken, kürze und gerade, 1,25
Hosen, Hemden, Schlachterjacken, Freizeithosen,
Wasser-Mäntel erstaunlich billig.
Käpen von 80 Pfg. bis 1,88 RM.
Note Subcomarken.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschl.
(Zahlstelle Lübeck.)

Mitglieder-Versammlung
am Freitag, den 27. Nov.
abends 8 1/2 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstrasse 50-52.

Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Vortrag des Kollegen Rabben über: Klassenjustiz.
3. Komiteewahl und Verschiedenes.
Zahlreiches Erscheinen erwartet.
Die Ortsverwaltung.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschl.
(Zahlstelle Schwartau und Umgegend.)

Mitglieder-Versammlung
am Sonntagabend, den 28. Nov.
abends 8 1/2 Uhr
im Gasthof „Kranzbaal“.

Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Verhandlungsangelegenheiten.
3. Verschiedenes.
Die Bevollmächtigten.
Die Auszahlung der Erwerbslosen und Krankenunterstützung findet nur Sonntag abends, abends von 8-10 Uhr, im Gasthof „Kranzbaal“ statt. D. D.

Achtung! Postdienearbeiter!

Sektions-Versammlung
am Freitag, den 27. Nov.
abends 8 1/2 Uhr,
im Vereinshaus, Johannisstrasse 50-52

Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.
Um zahlreiches Erscheinen der Kollegen ersucht

Der Vorstand.
Gasthof z. Linde, Schlutup.
Am Sonntag, d. 29. d. Mts.,
Ausspielen v. Gänsen, Karpfen u. Raucht.
Hierzu ladet freundlich ein
Herm. Freese.

Gastwirtschaft „Am Kreuzweg“
Seeretz.
Am Sonntag, den 29. November:
Große Tanzmusik.
Hierzu ladet ergebenst ein
Emil Cordtz.

AUF ALLE FÄLLE



ersuche ich Sie, bei Anschaffung einer
erstklassigen Nähmaschine

oder eines

Fahrrades

von der Firma

Heinr. Körner, Gr. Burgstr. 15,

Fernsprecher 1685, Offerten einzuholen.

Deutsche Trittnähmaschinen, System Singer, von 55 Mt. an, Fahrräder von 70 Mt. an. Alle Ersatz- und Zubehörteile zu billigsten Preisen.

Oh wie lecker
sind alle mit
„HANSA“
Back- u. Puddingpulver
bereiteten Kuchen und Puddings! Schutzmarke
Verlangt nur dieses - es ist ja auch das Beste!
Stahmer & Wilms, Hamburg Nahrungsmittel-Fabrik „HANSA“

Vertreter: Hans Wilms, I. Wallstraße 15a. Tel. 2065.

Sie erhalten
Subcomarken.

Neue Ernte
Auserlesene, gutbrechende Hülsenfrüchte, grüne, gelbe und geschälte Erbsen, Linsen, weiße und gelbe Bohnen empfiehlt billigst
Ludw. Hartwig, Obertrave 8.

Beerdigungsgeschäft C. Thiessen & Sohn

Wahmstraße 79. Fernruf 1143.
Übernahme sämtlicher Besorgungen. Überführungen nach und von auswärts.
Eigene Transportwagen. auch Feuerbestattungen.

Fachschulunterricht

Der technische ist bis ins kleinste nachgeahmt in den techn. **Selbstunterrichtswerken:**
Maschinenbauschule, Hoch- u. Tiefbauschule, Bergschule, Elektrotechnische Schule, Schlosserschule, Tischlerschule, Installateurschule, Stukkateurschule, Steinmetzschule, Polierschule, Eisenbahnwerkmeisterschule, Gießereitechnikerschule. Glänz. Erfolge. Prospekte und Anerkennungs schreiben gratis und franko. Ansichtsendungen bereitwilligst. Kleine Teilzahlungen.
Bonnes & Hachfeld, Verlag, Potsdam.

Hansa-Halle.
Dienstag, den 1. Dezember 1908:
Grosser Antritts-Ball
unter Mitwirkung des akrobatischen Kunstfahrer-Trios „Frisch Auf.“
Auftreten 9 1/2 und 10 1/2 Uhr.
Großes Summorum 11 1/2 Uhr.
Anfang 7 Uhr. Hierzu ladet ergebenst ein C. Kühn.

Die Hand darauf

und festgehalten! - Nichts anderes wird als Ersatz für Natur-Butter genommen, wie die beiden Margarine-Marken

„Siegerin“ und „Mohra“

im Geschmack und Aroma bester Butter ebenbürtig, aber billiger.

Alleinige Fabrikanten: A. L. Mohr, Actica-Ges., Altona-Bahrenfeld.



Stat-Klub „Grün“
Gr. Burgstr. 45.

Preis-Stat
am Freitag, den 27. Nov., abends 9 Uhr.
Der Vorstand.

Universum

Heute Donnerstag:
Letzter groß. Komödien-Abend.
NB. Sämtliche ausgegebenen Freitarten haben Gültigkeit.

Verein für Gesundheitspflege.

Freitag, den 27. November 1908, abends 8 1/2 Uhr,
Vortrag

des Herrn Dr. Lindtner aus Wilhelmshöhe über Kinderleiden - Elternpflichten im „Gesellschaftshaus Monopol“, Johannisstraße 25.
Mitglieder frei. Nichtmitglieder 50 Pfg.
Sonntag, 29. November, 7 Uhr,
Gesellschaftsabend im Kolosseum.
Mittwoch, 2. Dez., abends 8 1/2 Uhr,
Literarischer Abend i. Bürgerverein.

Konsumverein

für Lübeck und Umgegend,
e. G. m. b. H.

Versammlungen

der Mitglieder der Verkaufsstelle
Eutin

am Sonntag, den 29. November, nachmittags 3 Uhr
im Lokale des Herrn Krickrehm und der Mitglieder der Verkaufsstelle

Schwartau

am Montag, den 30. November, abends 8 1/2 Uhr
in Sternbergs Gasthof, Rensefeld.

Tagesordnung in beiden Versammlungen:
1. Geschäftsbericht über das Geschäftsjahr 1907/08 und Stellungnahme zur bevorstehenden Generalversammlung.
2. Wie bilden wir unseren Verein nach innen besser aus?
3. Genossenschaftliches.

Um recht zahlreichen Besuch seitens der Mitglieder und deren Frauen bittet
Der Vorstand.

Am Freitag, den 4. Dezbr., abends 8 1/2 Uhr

General-Versammlung

Konsumvereins

für Lübeck u. Umg. (e. G. m. b. H.)
im Vereinshaus, Johannisstrasse 50-52.

Tages-Ordnung:
1. Jahresrechnung und Genehmigung der Bilanz.
2. Entlastung des Vorstandes u. Beschlussfassung über die Gewinnverteilung.
3. Wahlen zum Aufsichtsrat nach § 16 des Statuts.
4. Verlesung des Berichts des Verbandsrevisors.
5. Genossenschaftliches.

Mitgliedsbücher oder Karten legitimieren.
Die Bilanz liegt am Freitag, den 27. November 1908 ab in sämtlichen Verkaufsstellen zur Einsichtnahme aus.
Der Geschäftsbericht ist von Montag ab ebenfalls in den Verkaufsstellen in Empfang zu nehmen.

Der Aufsichtsrat.
Rob. Waldburger, Vorsitzender.

Sozialdemokratischer Verein

Stodtelsdorf und Umg.
Heute Donnerstag fällt die Versammlung der weiblichen Mitglieder aus.

Hansa-Halle.

Donnerstag, den 3. Dezember 1908:
Grosses Verkegeln.

Sensationell!

Panorama

Breitestraße 53. I., im Flügel.
Die Skulpturen

im Louvre und Luxemburg-Museum in Paris.
Nur für Erwachsene!

Hansa-Theater

Theater Variete I. Ranges.
Gastspiel von
Grete Gallus
und das große Programm.
Vorverkauf bei Sager bis 5 Uhr.

Neues Stadt-Theater

Kassen-Telephon Nr. 298.
Freitag, 7 1/2 Uhr. Große Preise!
Voll-Abonnement 55. Freitag-Abonnem. 9.
Ein Walzertraum. Operette von Strauß.
Sonntagabend 7 1/2 Uhr. Mittelpreise!
Voll-Abonnem. 56. Sonntagabend-Abonnem. 9.
Der Diamant. Phant. Komödie v. F. Hebbel.

Die deutsche Unfallversicherung nach den Berichten der Arbeitersekretariate im Jahre 1907.

1. Unfallgefahr und Unfallversicherung.

Wer die statistischen Berichte des Reichsversicherungsamtes verfolgt, findet, wie sich die Zahl der gewerblichen als auch der landwirtschaftlichen Betriebsunfälle Jahr für Jahr mit unheimlicher Regelmäßigkeit sowohl relativ wie absolut steigert. Lange Zeit hat man versucht, diese Zunahme auf die wachsende Vertrautheit der Versicherten mit den unfallgesetzlichen Bestimmungen zurückzuführen, die sie veranlassen sollte, auch die kleinsten und harmlosesten Unfälle anzumelden. Allein diese Erklärung ließ sich nicht aufrechterhalten. Die Zahl der Unfälle stieg weiter und nicht nur der leichten, sondern auch der schweren Unfälle, was nicht der Fall hätte sein können, wenn jene Erklärung richtig gewesen wäre. Auch eine andere Erklärung, die auf die Annahme einer durch die Unfallversicherung geförderten Leichtfertigkeit der Arbeiter gegenüber den Unfallgefahren der modernen gewerblichen Betriebe hinausläuft, mußte fallen gelassen werden, weil sie den Verhältnissen nicht entspricht. Ist es doch auch geradezu lächerlich von den Arbeitern anzunehmen, daß sie wegen der Aussicht auf eine in jeder Beziehung unzureichende Unfallentschädigung Leben und Gesundheit leichtsinnig aufs Spiel setzen. Man hat sich denn schließlich dazu bequemen müssen, die unangenehme Tatsache anzuerkennen, daß die Ursache der zunehmenden Unfallhäufigkeit in der ständig wachsenden Intensität der modernen Produktionsweise, der steigenden Verwendung arbeitssparender Maschinen und der nicht genügenden Berücksichtigung der gesetzlichen Arbeiterschutzbestimmungen zu suchen ist.

Das Jahr 1907 hat gegenüber seinen Vorgängern keine Änderung gebracht, sondern ebenfalls mit einer erhöhten Unfallziffer abgeschlossen. Nach den vorläufigen Ermittlungen des Reichsversicherungsamtes gelangten bei den Berufsgenossenschaften, Reichs-, Staats- und sonstigen Ausführungsbehörden 663 053 Unfälle zur Anmeldung, wovon 144 410 eine Entschädigungsfestsetzung erforderten. Einschließlich der neu hinzukommenden Unfälle wurden im Jahre 1907 Entschädigungen gezahlt an 887 921 Verletzte, 77 807 Witwen, 106 712 Kinder und Enkel und 4125 Verwandte der aufsteigenden Linie, also Eltern und Großeltern. Daneben erhielten noch 15 504 Ehefrauen bzw. Chemannner, 32 541 Kinder und Enkel und 264 Verwandte der aufsteigenden Linie als Angehörige von in Heilanstalten untergebrachten Verletzten die gesetzlichen Unterstellungen, so daß insgesamt 1 224 874 unterstützungsberechtigte Personen anfielen.

Diese Unterstützungsleistungen werden bei der Unfallversicherung bekanntlich nicht so leicht gewährt, sondern bedarf es oft erst eines schwierigen harten Kampfes, ehe der Verletzte oder seine Angehörigen dazu gelangen. Das ergeben auch die von den Berufsgenossenschaften erlassenen 417 957 Berufungsfähige Bescheide, wogegen in 70 957 Fällen Berufung zum Schiedsgericht erhoben wurde. Daneben laufen noch 21 050 Anträge gemäß § 88 Abs. 3 G.-U.-G. und der entsprechenden Bestimmungen der übrigen Unfallgesetze, welche eine anderweitige Entschädigungsfestsetzung wegen eingetretener wesentlicher Änderungen der Unfallfolgen bezweckten. Das Reichsversicherungsamt hatte sich mit 19 604 Rekursen zu beschäftigen, gegen 19 634 im Vorjahre. Es liegt somit für 1907

ein geringes Zurückgehen der Rekursfrequenz vor, was nach der sonst zu beobachtenden ständigen starken Zunahme etwas auffällig ist. Relativ ist zwar schon seit Jahren eine Abnahme der Rekursfrequenz zu bemerken gewesen. Diese Abnahme trat jedoch vor der absoluten Zunahme der Rekursfälle derart in den Hintergrund, daß man in den maßgebenden Kreisen ersthaft die Frage erwog, auf welche Weise durch eine Änderung des Verfahrens dieser Steigerung ein Ende gemacht werden könnte. Von den anhängigen Berufungen wurden 18 595 = 20,47 Proz. zugunsten der Verletzten, 62 782 = 69,12 Proz. zugunsten der Berufsgenossenschaften, von den Rekursen 2312 = 19 Proz. zugunsten der Verletzten, 2168 = 52 Proz. zugunsten der Berufsgenossenschaften, die übrigen durch Bestätigung der angefochtenen Schiedsgerichtsurteile bzw. durch Zurückverweisung an das Schiedsgericht oder den Versicherungsträger entschieden.

Bei solcher Sachlage ist es wohl begreiflich, wenn in den Berichten der Arbeitersekretariate die Unfallversicherung an erster Stelle steht und die meisten Auskunftsuchenenden aufweist. Im Jahre 1907 verzeichneten die Jahresberichte der von den freien Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei errichteten Arbeitersekretariate insgesamt 419 832 auskunftsuchende Personen, denen in 447 361 Fällen Auskunft erteilt wurde, wovon 79 244 = 17,3 Prozent auf die Unfallversicherung entfielen. Ein ähnliches Verhältnis ergibt sich auch in bezug auf die Anfertigung von Schriftsätzen, von deren Gesamtzahl mit 105 015 nicht weniger wie 27 251 = 25,7 Prozent die Unfallversicherung betrafen.

Diese Zahlen sprechen eine berebte Sprache. Sie allein machen schon erkennbar, welche Kämpfe sich zwischen den Verletzten und den Trägern der Unfallversicherung abspielen. Nicht aber lassen sie erkennen, welche Unsumme von Not, Elend, Sorge und Verzweiflung sich dahinter verbergen. Desto deutlicher geht das aber aus den Berichten der Arbeitersekretariate hervor, wenn man dort das Kapitel „Unfallversicherung“ einer Durchsicht unterzieht.

Auf dem 21. Berufsgenossenschaftstag in Mannheim wurden die Leistungen der Unfallversicherung und der Berufsgenossenschaften von dem gegenwärtigen Präsidenten des Reichsversicherungsamtes, Dr. Kaufmann, in überschwenglicher Weise gefeiert. Er sagte unter anderem:

„Wenn es gelungen ist, die Arbeiterversicherung in dem humanen Geiste ihres erlauchten Schöpfers durchzuführen, so ist das in erster Linie der opferwilligen und selbstlosen Tätigkeit der ehrenamtlichen Organe der Berufsgenossenschaften zu danken. Ich freue mich, heute feststellen zu können, daß nach meinen Beobachtungen die Berufsgenossenschaften ihre Aufgabe durchweg glücklich gelöst haben. Manche Berufsgenossenschaften haben auf dem Gebiete der Unfallversicherung und der Heilbehandlung wirklich Großes geleistet. Aber in der Hauptsache, das wiederhole ich, haben nach meiner Ansicht die Berufsgenossenschaften das geleistet, was der Gesetzgeber von ihnen erwartet hatte.“

Herr Dr. Kaufmann ist Leiter derjenigen Stelle, welche als die höchste und entscheidende in Unfallversicherungssachen gilt. Von ihm sollte man erwarten können, daß er die Verhältnisse auf diesem Gebiete kennt. Leider scheint dem nicht so zu sein, denn sonst wäre sein Urteil über die Handhabung des Unfallversicherungsgesetzes und die Leistungen der Berufsgenossenschaften nicht möglich. Auf

Schritt und Tritt lernt man das Gegenteil kennen und die in diesem Punkte völlig übereinstimmenden Jahresberichte der Arbeitersekretariate liefern eine Fülle von Beweisen dafür, daß die Dinge anders liegen als Herr Dr. Kaufmann glauben machen will.

2. „Freiwillige Leistungen“ der Berufsgenossenschaften.

Auf keinem anderen Gebiete der Sozialgesetzgebung gestalten sich die Verhältnisse gleich trostlos für die Arbeiter und haben sie für Erlangung der ihnen zustehenden Versicherungsleistungen einen so verbitternden und aufreibenden Kampf zu führen. Nicht, daß man hierfür ausschließlich die Träger der Versicherung, die Berufsgenossenschaften, verantwortlich machen könnte, nein — auch das Gesetz ist daran schuld, indem es sich nach den verschiedensten Richtungen als lückenhaft und unzulänglich erweist! Besonders tritt das dort zutage, wo der Gesetzgeber an die soziale Einsicht der Berufsgenossenschaften appelliert und sich an Stelle von zwingenden Bestimmungen damit begnügt, ihnen das Recht zu geben, auf statistischem Wege bestimmte Leistungen zu gewähren oder die gesetzlichen Leistungen auszubehnen.

Dieses Vorgehen hat sich nicht bewährt; denn den Berufsgenossenschaften fällt es nicht ein, den Verletzten mehr zu bieten, als ihnen das Gesetz vorschreibt. So weiß kein einziger Bericht davon zu melden, daß je von einer Berufsgenossenschaft die Bestimmung des § 9 Abs. 5 des G.-U.-G., wonach aus Anlaß ihres Unfalls unverschuldet arbeitslosen Verletzten eine vorübergehende Rentenerhöhung gewährt werden kann, zur Anwendung gebracht worden wäre. Wo Schiedsgerichte bei ihren Entscheidungen diese Bestimmungen zugunsten der Verletzten heranzogen, wurde von den Berufsgenossenschaften stets sehr lebhaft dagegen opponiert.

Nicht besser sieht es mit der nach § 5 G.-U.-G. und § 2 U.-G. für Land- und Forstwirtschaft den Berufsgenossenschaften anheimgestellten Ausdehnung der Versicherungspflicht, und der durch § 1 Abs. 6 des letztgenannten Gesetzes vorgelehnen Festlegung der als Betriebsbeamte geltenden Personen. Nur eine ganz geringe Anzahl von Berufsgenossenschaften haben von dieser Befugnis Gebrauch gemacht; daß es nicht allgemein geschieht, liegt daran, weil man ohne diese Ausdehnung billiger davonkommt.

Soziales und Parteileben.

Zur Handhabung des Reichsvereinsgesetzes. Der Landrat des Kreises Gildburgshausen hatte an eine Anzahl Vereine, auch gewerkschaftliche und nichtpolitische, die Anforderungen ergeben lassen, die Mitgliedslisten einzureichen und bei Nichtbefolgung Strafe androht. Da das landräthliche Vorgehen dem Reichsvereinsgesetz nicht entsprach, interpellierten unsere Genossen im Weimarer Landtag, worauf der Staatsminister erwiderte, daß das Vorgehen unstatthaft sei und der Landrat Anweisung erhalten habe, seine Verfügungen zurückzuziehen.

Freiwillig und Arbeiternotstand. Das Königsberger Gewerkschaftsamt hatte sich — gestützt auf umfangreiches Tatsachenmaterial über den herrschenden Krisen-Notstand — an die Stadtbehörde mit einer Reihe Forderungen zwecks Linderung des Notstandes gewandt. Es wurde verlangt, Notstandsarbeiten in Angriff zu nehmen, Mietzuschüsse an Arbeitslose zu zahlen, arme Schulkinder zu speisen usw. Die freiwillige Stadtverwaltung in Königsberg hat am Donnerstag voriger Woche alle diese Wünsche abgelehnt. Man könne eine außergewöhnliche Arbeits-

Die weiße Nelke.

Kriminal-Roman von J. Kaulbach.

(25. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten.

„Ich vergesse Sie nicht,“ versprach der Detektiv, „verlassen Sie sich darauf; nur schweigen Sie über unser Gespräch.“

„Wie das Grab,“ versicherte der beglückte Schuster. Fluth hielt schon die Türklinke in der Hand; da wandte er sich noch einmal um:

„Hat die Polizei die Geschichte von Meta Henzens Unfälle auch nicht erfahren?“

„Nein, — nein, die ist vertuscht worden, das wollte Henzen durch Haus, damit sein Kind wenigstens die Schande leichter trug.“

„Na, — auf Wiedersehen, mein Lieber! Nehmen Sie vorläufig das hier.“ Damit legte er ein Zwanzigmarkstück auf den Tisch, und als der Schuster in überhastigten Dank ausdrücken wollte, fiel er ihm schnell ins Wort: „Nun wir so gute Freunde geworden sind, müssen Sie mir aber auch zum Abschied noch Ihren Namen nennen. Ich selbst heiße Fluth.“

„Mein Name ist Hieronymus Markworth, und ich —“

„Markworth, — Markworth?“ rief der Detektiv erstaunt. „Und Ihr Sohn, der verlorene Sohn, wie Sie ihn nannten, — sagen Sie mir, hieß er nicht Franz?“

„Franz, allerdings, Franz Markworth. Ach, er hat meinen ehelichen Namen geschändet! Aber warum fragen Sie? Kennen Sie meinen Sohn vielleicht?“

„Ich glaube, daß ich ihn kenne, oder wenigstens von ihm weiß.“

„Und was wissen Sie von ihm? Nichts Gutes, nicht wahr?“

„Nein, lieber Alter, Gutes ist es nicht. Er befindet sich, — wenn es wirklich Ihr Sohn ist, den ich meine, — augenblicklich in Untersuchungshaft wegen eines Diebstahls.“

Hieronymus barg das rnzliche, wehmütige Gesicht einige Sekunden lang in seinen beiden arbeitsharten Händen. „Immer abwärts, immer weiter abwärts ist es mit ihm gegangen,“ murmelte er mit unbeschreiblich traurigem Ton; „ach, Herr Fluth, ich bin ein unglücklicher Vater!“

Fluth klopfte dem gebeugten Alten freundlich auf die Schulter. „Trösten Sie sich,“ sagte er warm, „Sie haben es gut mit ihm gemeint und haben an ihm getan, was Sie konnten. Vor allen Dingen aber vergessen Sie nicht, daß Sie in mir heute einen Helfer gefunden haben, der Ihnen in Zukunft beistehen wird.“

Damit drückte er Hieronymus herzlich die Hand und war schnell aus dem Zimmer verschwunden.

Wierzehntes Kapitel.

Mitternacht war vorüber, und noch immer hatte Elisabeth Sydel keinen Schlaf gefunden. Bei jedem Geräusch, das durch die Stille und Dunkelheit verschärft an ihr Ohr drang, fuhr sie heftig zusammen; so erregt waren ihre Nerven.

Am Abend hatte Fluth ihr geschrieben, — seine neuesten Erfahrungen aus Leipzig. Dieser Brief hatte zumeist die schlaflose Nacht verschuldet; er hatte ihre Unruhe fast bis zum Fieber gesteigert. Sie war im tiefsten erschüttert durch die Mitteilung über Metas trauriges Schicksal, über ihre nahe Beziehung zu dem ermordeten Vater Richards. Zugleich aber meinte sie auch, einen festeren Anhalt für ihre bisherigen Vermutungen gefunden zu haben; wenn Henzen wirklich den Kaufmann Bruns getötet hatte, so kannte sie jetzt auch sein Motiv. Das von ihm nachgewiesene Alibi freilich schien zu widersprechen. Doch war es dies alles nicht, was Elisabeth am lebhaftesten beschäftigte. Was Fluth ihr außerdem noch geschrieben hatte, das war wie ein Feuerbrand in ihre Seele gefallen und hatte wechselnde Empfindungen in helle Flammen versetzt. Bald bangte sie stärker als je zuvor um den Geliebten, bald wachte ein Kampfesmut in ihr auf, durch den sie sich zum Größten befähigt fühlte. So lange sie den Brief im ruhigen Scheine der Lampe vor sich gehabt hatte, war dies kampfesfreudige Gefühl sieghaft gewesen; jetzt aber beschwor die schweigende Finsternis, die sie umgab, allerlei schreckensvolle Bilder vor ihr inneres Auge, Bilder, die sie quälten und ängstigten, daß die Schweißtropfen auf ihre Stirn traten. Sie zündete endlich Licht an. Da wurde sie allmählich ruhiger und begann klarer über die Sache nachzudenken, bis ihr zuletzt doch der Schlaf kam.

Am folgenden Morgen erschien Elisabeth am Frühstückstisch zugleich mit ihrem Vater. Der Staatsanwalt, obwohl er keinen Menschen auf der Welt so liebte, wie seine Tochter, empfand doch seit einiger Zeit eine leise Missstimmung gegen sie. Er, dessen Beruf es schon

bedingte, die Menschen und Dinge mit scharfem Auge zu betrachten und ohne Vorurteil zu prüfen, fand Elisabeths Beharren auf der Ansicht Richards Glaubs eigenartig und töricht. Wenigstens hätte er es richtiger gefunden, wenn sie ruhig das Resultat der Schwurgerichtsverhandlung abgewartet hätte, anstatt sich eigenmächtig in eine Sache zu mischen, der sie seiner Meinung nach so unerfahren, wie ein Kind, gegenüberstand.

Ein wenig kühler, als sonst, klang sein Morgen Gruß; er ließ sich in der Sofaecke nieder und zündete sich seine Pfeife an. Dabei sah er nach seiner Tochter hinüber, die schon die Spiritusflamme unter der Kaffeemaschine angezündet hatte. Unwillig schüttelte er den Kopf. Wie blaß und schmal das Mädchen wurde! Und diese tiefen Schatten unter den Augen! Dazu der Anfall am gestrigen Tage, diese halbe Ohnmacht bei seiner sonst so kräftigen Tochter! Und das alles um einen Menschen, — um einen Menschen, der, — o, es war nicht zu begreifen! Er nahm verstimmt die Zeitung vom Tisch und begann zu lesen, während Elisabeth schweigend die Tassen füllte und dem Vater alles Nötige zurechtrierte. Des Staatsanwalts Miene wurde immer bedrohlicher, je öfter sein Auge von der Zeitung hinweg das Gesicht seiner Tochter streifte. Endlich hielt er nicht mehr an sich. Gerade ihre ergebnisvolle Ruhe reizte ihn; sie gab ihm Wesen etwas Bestimmtes, das zu erklären schien: „Ich lasse mich nicht betören auf dem Wege, den ich mir vorgeschrieben habe.“

Seydel warf das Blatt auf den Tisch zurück, weil sein Verdruß ihn nicht zum Lesen kommen ließ.

„Du siehst wieder schlecht aus, Elisabeth,“ sagte er vorwurfsvoll.

Lächelnd begegnete sie seinem Blick. „Es braucht dich nicht zu ängstigen, Vater,“ erwiderte sie freundlich.

„Aber es ärgert, es bekümmert mich,“ fuhr Seydel auf; „glaubst du, ich wäre von Stein und könnte ungerührt bleiben, wenn ich sehe, wie du dich abforst und abhärmst um vergebliche Dinge und um einen, — einen verlorenen Menschen?“

Sie wurde noch bleicher bei diesen grausamen Worten die ihm in der Festigkeit über die Lippen gekommen waren; unwillkürlich griff sie mit der Hand nach dem Herzen, das ihr noch tat, wie von einem Messerstück getroffen. Aber mit seltener Kraftanstrengung bewahrte sie ihre Ruhe, die ihr unerklärlicher Glaube an ihre Sache ihr gab.

„Ich gebe nichts verloren, Vater,“ antwortete sie fest, doch mit der gewohnten Weichheit ihrer Stimme. „Selbst nicht böse, — dieses Vertrauen auf Richards Ansicht be-

losigkeit nicht anerkennen, und überdies könnten die Arbeitslosen doch aufs Land gehen, wo Arbeitermangel herrsche. Die Stadterordnetenversammlung nahm eine Resolution an, in der dieser Standpunkt zum Ausdruck kam, und die sich mit der Absicht des Magistrats, im Notfalle Arbeitslose mit Erdbarbeiten zu beschäftigen, einverstanden erklärte.

Die Versicherungsgesellschaft „Victoria“ in Berlin — wie uns seitens eines Mitgliedes des Zentralverbandes der Handlungsgeschäften und Geschäftsmännern Deutschlands geschrieben wird — gegenüber ihren Angestellten Maßnahmen, die das Institut in einem merkwürdigen Lichte zeigen. Die Gesellschaft läßt nämlich die Angestellten auf ihren Gesundheitszustand untersuchen, um ihnen, falls das Gutachten nicht günstig ausfällt, zu kündigen. Seit die ersten Mitteilungen über das Vorgehen der „Victoria“ an die Öffentlichkeit gelangten, hat sich die Situation in dieser Angelegenheit für die Beamten noch erheblich beunruhigender gestaltet. Die „Victoria“ zwingt jetzt auch Angestellte, die 12 Jahre und länger im Dienst der Gesellschaft stehen, sich untersuchen zu lassen. Eine Entlassung nach so langer Tätigkeit kommt einer Verurteilung zum Hungertode fast gleich. Solche Entlassungen sind möglich, da die Pensionsanstellungen der „Victoria“ jeglichen Rechtsanspruch ausschließen. An dieser Möglichkeit wird durch die zeitweise Zurücknahme der Kündigung, die in einzelnen Fällen erfolgt ist, nichts geändert. Solchen Beamten kann natürlich später doch gekündigt werden, was ihre Situation nur verschlimmert. Die „Victoria“ ist wirklich ein soziales Musterinstitut, das alle Ursache hat, sich die „Einmischung“ einer gewerkschaftlichen Organisation vom Halse zu halten! Ob das aber andauernd möglich sein wird?

Christliche Wahlschwinder. Vor dem Schöffengericht in München-Gladbach hatte sich Genosse Meikus vom Deutschen Textilarbeiter-Verband wegen Verleumdung des christlichen Arbeitersekretärs Wessels zu verantworten. Bei den vorjährigen Gewerkschaftswahlen in München-Gladbach hatte sich Wessels von der Polizeibehörde mehrere hundert unausgefüllte, unterstempelte Blankformulare für Wahlberechtigungsbescheinigungen geben lassen, angeblich, um sie auszufüllen, wenn das Polizeibureau schon geschlossen sei. Wessels gab dem Polizeikommissar sein Ehrenwort, daß mit den Bescheinigungen kein Mißbrauch getrieben werde. Das Gegenteil trat ein, die Christlichen betrieben mit politischen Bescheinigungen die unerschämtesten Wahlmanöver. Jeder, der christlich wählen wollte, erhielt eine Wahlbescheinigung, auch Leute, die schon einmal gewählt hatten. Die Wahl, die natürlich mit einem Siege der Christlichen endete, wurde dann auch wegen dieser Schwindeleien vom Bezirksauschuß kassiert. Genosse Meikus hatte nun den christlichen Führer Wessels wegen dieser Vorkommnisse in mehreren Flugblättern heftig angegriffen, worauf Wessels dann nach 5 Monaten den Klageweg beschritt. Die Zeugenangaben bestätigten im wesentlichen die obigen Angaben, selbst christliche Gewerkschafter mußten die Mogelegen zugeben, nur ließ sich nicht feststellen, daß Wessels an den Mogelegen beteiligt war. Das Gericht hielt den Wahrheitsbeweis, soweit es sich um die Wahlmogelegen handelte, für erbracht, verurteilte jedoch unsern Genossen wegen formaler Verleumdung des Wessels zu 50 Mk. Geldstrafe. Dem Wessels seien persönlich ehrenrührige Vorwürfe gemacht worden, die in der Form beleidigend seien, und für die der Beweis nicht geführt sei.

Die Steiger und das Grubenunglück. Die Grubenbeamten nahmen zu der Katastrophe von Raddob Stellung. Der Steigerverband hatte eine Versammlung einberufen, die von 400 Grubenbeamten besucht war. Der Vorsitzende des Steigerverbandes, Werner, erklärte, daß das Unglück in diesem Umfang unmöglich gewesen wäre, wenn die vorhandenen Vorschriften, besonders die über die Verriegelung, befolgt worden wären. Die Grubenbeamten treffen keine Schuld, denn sie seien durch das Soll- und Prämiensystem zu willenlosen Sklaven der Grubenbesitzer gemacht worden. Um so größer sei die Schuld der Bergbehörde, die bei den besonderen Verhältnissen auf Raddob ganz energisch auf genügende Wasser-versorgung hätte dringen müssen. Die nachfolgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die heute in Serne jagende, vom deutschen Steigerverbande einberufene öffentliche Grubenbeamtenversammlung legt entschieden Verwahrung dagegen ein, daß an dem Unglück auf Raddob die unteren Grubenbeamten schuld sein sollen, wie das in einzelnen Zeitungen anlässlich der Katastrophe ange deutet worden ist. Die Versammlung ist der Meinung, daß solche Massenunglücke sich am besten dadurch verhindern lassen, wenn die Beamten unabhängig

von den Grubenbesitzern gemacht werden, damit dieselben für eine bessere Befolgung der sicherheitspolizeilichen Vorschriften sorgen können. Um dies zu erreichen, ist es unbedingt notwendig, daß den unmittelbar verantwortlichen Beamten wieder die Lohnfestsetzung übertragen wird, und die unverantwortlichen Beamtenstellen im Grubenbetriebe beseitigt werden. — Eine besondere Gefahr für die Sicherheit im Bergbaubetriebe erblickt die Versammlung in dem Soll- und Prämiensystem. Ein Reichsberggesetz sei besonders geeignet, bessere Verhältnisse für Beamte und Arbeiter herbeizuführen und insbesondere die Beamten der Wälfür der Rgl. Bergbehörde zu entreiben, die diese durch die §§ 73 und 74 des preussischen Berggesetzes auszuüben imstande sind. Den von den Arbeitern geforderten Grubenkontrollen steht die Versammlung sympathisch gegenüber. Dieselben scheinen ihr besonders geeignet, den Beamten gegenüber den Grubenbesitzern das Rückgrat zu stählen und das Verhältnis zwischen Beamten und Arbeitern besser zu gestalten.“

Explosionen in deutschen Gruben. In den letzten Jahrzehnten ereigneten sich auf Gruben in Deutschland u. a. folgende Massenunglücke:

Jahr	Name der Zeche	Tote
1869	Neu-Ferlorn	81
	Burgler-Schächte	269
1876	Neu-Ferlorn	33
1879	Brückenberg-Schächte	89
1881	Luise Tiefbau	17
1885	Camphausen	181
1893	Kaiserstuhl	63
	General Blumenthal	20
1895	Prinz von Preußen	37
1896	Aleophasgrube	30
1897	Kaiserstuhl II	20
1898	Jöllern	45
	Karolinengrube	119
1901	König Ludwig	10
	Konolidation	18
1907	Reeden	148
	Borussia	37

Das Unglück auf „Raddob“ schlug den Rekord in der Massenvernichtung. Es wird übertrifft durch das furchtbare Unglück von „Courières“ in Frankreich. Nach jedem Massenunglück ist „festgestellt“ worden, daß die betreffenden Grubenverwaltungen keine Schuld trifft; Mißstände waren angeblich auf den Werken nicht vorhanden. Nach jedem Unglück hört man die Redewendung von dem „unerforschlichen Ratkschl Gottes“, der es zugelassen habe, daß so oder so viel „brave Vergente“ einen frühen Tod fanden. Diesmal liegt des Systems Schuld aber doch zu offenkundig auf der Hand, als daß es gelingen könnte, die öffentliche Meinung irrezuführen. Daß endlich die Quelle solcher Katastrophen nach Möglichkeit verstopft wird, das ist nun das wichtigste!

Die christliche Organisationen „siegen“. In der Bindfadenfabrik zu Schreyheim kam es vor kurzem zu einem Kampf zwischen Arbeit und Kapital. Mit der größten Rücksichtslosigkeit ging die Betriebsleitung gegen ihre Lohnsklaven vor. Die Arbeiter waren christlich organisiert. Der Kampf endete mit einer Niederlage der Arbeiter. Die Christen aber logen die Niederlage in einen Sieg um. In der ganzen bayerischen Presse wurde der große „Sieg“ verkündet. Jetzt veröffentlicht nun die Firma in der „N. N. Z.“ eine Berichtigung und das Protokoll über den Friedensschluß, wie es mit den Führern festgestellt wurde. In der Berichtigung heißt es:

1. Die Gemagregelten müßten nicht wieder eingestellt werden, sondern es wurden von uns entgegenkommend nur zwei von vier aufgenommen.
2. Von den noch dagesessenen 189 Ausgesperrten wurden nur 119, nicht 130, und zwar nur nach Bedarf und nach den Dienstjahren eingestellt. Diese 119 wurden nicht von der Organisationsleitung bestimmt, sondern es wurde dieser nur die Vorlage einer Liste der noch anwesenden Arbeiter zugestanden, die Auswahl aber selbstverständlich von uns selbst getroffen.

Das Protokoll ergibt, daß irgendwelche Verbesserungen der Arbeitsbedingungen nicht erreicht wurden. Im Interesse der Arbeiter ist das zu bedauern. Aber statt den Kampf, wie das oft vorkommen kann, bedingungslos abzubrechen, ist sie Bedingungen eingegangen, die die gesamte Textilarbeiter-Schaft Bayerns zu schädigen geeignet sind. Nach dem Vertrag wird nur ein Teil der ausgesperrten Arbeiter Beschäftigung finden können, und zwar zunächst bestimmt nur 60 bis 70 und falls der Zugang der bereits unterwegs befindlichen ungarischen Arbeiter aufgehoben werden kann

vielleicht weitere 50 bis 60. Die Direktion erklärt sich bereit, diesen Transport ungarischer Arbeiter zu sistieren, wogegen sich die Organisation bereit erklärt, alle der Direktion hieraus bereits erwachsenen und etwa noch weiter erwachsenden Kosten einschließlich der Vermittlungskosten und Untersuchungskgebühren zu übernehmen. Weiter verpflichtet sich die Organisation, in der Presse zum Ausdruck zu bringen, daß im vorausgegangenen Kampfe Übertreibungen und Unrichtigkeiten unterlaufen sein mögen, welche von ihrer Seite mißbilligt werden und besser unterlassen wären.“

Es dürfte schwerlich jemals eine Arbeiterorganisation einen solchen Vertrag abgeschlossen haben. Es wäre noch entscheidbar, wenn irgendwelche Vorteile für die kämpfenden Arbeiter dadurch erkauf worden wären. Aber der Vertrag wurde eingegangen, lediglich um den Kampf ohne jedes Zugeständnis der Firma zu beenden. Deshalb übernahm die christliche Textilarbeiterorganisation die Kosten des Transportes, der Vermittlung und Untersuchung der Streikbrecher. Deshalb sollen die Arbeiter öffentlich der Übertreibung bezichtigt werden — durch ihre eigene Organisation. Gerade die Ursachen dieses Kampfes und das Vorgehen der Betriebsleitung gegen die Arbeiter hätte den Schluß nahegelegt, die Rücksichtslosigkeit dieser zu geißeln. So führt die Harmonie-These notwendig die „Christen“ zur Preisgebung der Arbeiterrechte. Die christliche Organisationsleitung mag mittlerweile auch das schändliche ihres Tuns eingesehen haben, denn unterm 7. November erklärt die Bindfadenfabrik Schreyheim, daß sich die christliche Organisation weigert, die in dem Kampfe angeblich unterlaufenen Übertreibungen und Unrichtigkeiten zu mißbilligen.

Sozialpolitik oder sonst was? Von der Lohn berichtet das „Wiesbadener Tageblatt“: Die Königl. Wasserbauinspektion Diez hat den im Wasserbau beschäftigten Arbeitern zum 1. Dezember gekündigt. Die Zahl der betroffenen Arbeiter beläuft sich auf etwa 100. Eine Anzahl Arbeiter, die im Stromgebiet der oberen Lahn beschäftigt waren, haben sich mit einer Eingabe an die Regierung in Wiesbaden gewandt. Daraufhin ist zwar die Kündigung vorläufig zurückgenommen worden, der Lohn aber wurde erheblich gekürzt. Staatsbetriebe sollen Musterbetriebe sein. Muster für kapitalistische Unternehmer?

Die Einführung der wöchentlichen Lohnzahlung fordert die freiorganisierte Textilarbeiter-Schaft Mühlhausens (Elaß). Die Arbeiter-Schaft beantragt: 1. An Stelle der bisherigen 14-tägigen Lohnperiode die Stägige einzuführen. 2. Wo die Lohnzahlung des Lohnes noch am Sonntag erfolgt, dieselbe am Freitagabend erfolgen zu lassen. 3. Das bis jetzt meist übliche 3- bis 6-tägige Vorarbeiten zu befristigen und für Akkordarbeiter höchstens 2, für die im Tagelohn Arbeitenden bloß 1 Tag festzusetzen. — Der Eingabe ist eine ausführliche Begründung beigegeben, die auf die bedenklichen Folgen hinweist, welche das durch die 14-tägige Lohnzahlung bedingte Vorgesystem mit sich bringt.

Die Fete gegen die Ortskrankenkassen. Die jüngst im Reichsamt des Innern stattgefundenen Konferenz von Vertretern der Krankenkassen hat nicht den geringsten Anhalt für die verheerendste Behauptung ergeben, daß die von Sozialdemokraten geleiteten Ortskrankenkassen sozialdemokratischen Parteizwecken dienstbar gemacht werden. Die geladenen Vertreter der Arbeitgeber mußten bestätigen, daß von einem solchen Mißbrauch der Krankenkassen keine Rede sein könne. Daß man von diesem Resultat in Scharfmacherkreisen sicher enttäuscht ist, ist zu verstehen. Trotzdem will man von der üblichen Absicht, der Selbstverwaltung der Krankenkassen das Genick zu brechen, nicht ablassen. Die „Kreuz-Ztg.“ behauptet, daß bei der Auswahl der beiderseitigen Vertreter schon für ein entsprechendes Ergebnis gesorgt worden sei. Am Schluß des Artikels, der offenbar aus der Endflichte des Reichslägerverbandes stammt, heißt es dann:

Das massenhaft vorliegende Anlagematerial, wodurch das Gegenteil unüberleglich bewiesen wird, kann durch noch so vortreffliche Zeugnisse nicht aus der Welt geschafft werden. Und daher glauben wir auch, daß das Ergebnis der erwähnten Konferenzen, sowie auch die seltsame Stellungnahme der Arbeitgeber nicht den von der Sozialdemokratie erhofften Einfluß auf die dringend erforderliche Reform des Krankenversicherungsgesetzes haben wird. „Das massenhaft vorliegende Material des Reichsverbandes besteht in einer Reihe tendenziös entstellter Einzelfälle. Ein Schulbeispiel dafür, wie das Material des Reichsverbandes beschaffen ist, ist die Angelegenheit der Ortskranken-

deutet ja mein Leben, Vater. Und um sie vielleicht endlich ans Licht zu bringen, werde ich heute tun, was ich bereits gestern gesagt habe: ich werde zum Rechtsanwalt Glaubig gehen.“

Seydel zuckte unwillig mit den Schultern. „Und wenn ich dir das verbiete?“

„Das wirst du nicht tun, Vater, du weißt viel zu gut, daß du mir einen neuen Schmerz mit solchem Verbot zufügen würdest.“

Sie sprach diese Worte mit so herzlich bittendem Tone, daß Seydel ihr, wenn auch leuzend, doch nachgeben mußte.

Kurz nach sechs Uhr nachmittags machte sich Elisabeth auf den Weg nach der Wohnung des Rechtsanwalts Glaubig. Die Dämmerung lenkte sich schon über das Häusermeer der Stadt, als sie die lange, lärmende Postdammerstraße entlang schritt. Vor dem Gesichte tiefer Einsamkeit im Herzen ging sie durch das betäubende Gewühl dahin, als gehörte sie gar nicht zwischen diese auf- und niederwogende, schwagende, dahende Menschenmenge. Das endlose Wagengerassel, das Klägeln der vorüberjagenden Straßenbahn, dieses ganze Getöse der Großstadt verlor sie so rasch, so leutzend heute. Und doch war ihr dies harte, laute Leben sonst lieb und vertraut gewesen! Aber ihr war, als schiede das Unternehmen, dem sie entgegenschritt, sie von der übrigen Menschheit.

Die Bäume in der Bülowstraße, wo der Rechtsanwalt wohnte, ließen bereits gelbe, dürre Blätter fallen, und einzelne Äste ragten fast zu dem dunkelnden Himmel hinauf; schon nahe der Herbst, und seit dem Sommer hielt man den Geliebten in dumpfer, enger Zelle gefangen! Bei dieser Vorstellung rüttelten Schmerz, Erbitterung und Kampfesmut wie ein Orkan an Elisabeths Herzen. Sie ging schneller vorwärts, um ihr Ziel so bald als möglich zu erreichen.

Endlich stand sie im Bureau des Rechtsanwalts. Noch nach langen Jahren, wenn sie sich diese schwere Stunde wieder ins Gedächtnis zurückrief, sah sie dies nüchtern Zimmer, erhellt von dem ruhigen, kalten Lichte einer elektrischen Hängelampe.

Jedes Möbel, das mit nichtiger Pedanterie auf seinen Platz gerückt schien, jeder Gegenstand, der in größter Ordnung auf dem breiten Schreibtische lag, prägte sich ihr unaussprechlich ein. Sie stützte sich auf die Lehne eines Stuhls und wartete auf Glaubig's Erscheinen. Ein letztes Gedächtnis durchlief sie zuwelen, wenn ihr Auge über

diesen Raum schweifte, der etwas von dem steifen Wesen seines Bewohners besaß.

Der Rechtsanwalt erschien nach einer kleinen Weile und betrachtete Elisabeth mit seinen stahlgrauen Augen scharf und gespannt. Es ging etwas Eiskältes von ihm aus, das ihr wie ein kalter Hauch ins Herz hinein-drang.

„Kann ich Ihnen dienlich sein?“ fragte er endlich mit seiner hariflingenden Stimme.

„Ja, — bitte —“ presste Elisabeth heraus.

„Womit?“ gab er zurück, bekümmert über die sichtlich Befangenheit der sonst so sicheren Dame.

Mit der ihr eigenen Energie, die noch gesteigert war durch das Bewußtsein der Wichtigkeit dieser Stunde raffte Elisabeth sich zusammen.

„Ich möchte Sie bitten“, begann sie ruhig und fest, mir beizustehen in dem Prozeß Richard Claasens oder Richard Bruns, wie er ja eigentlich heißt. Ich behaupte, daß er unschuldig ist, und Sie sollen den Beweis zu führen suchen.“

„Ich, — ich soll, — mich haben Sie dazu ausersehen?“ fragte Glaubig in höchstem Erstaunen. „Wissen Sie denn auch, daß ich, — ob ich Ihre Ansicht teile?“

„Das weiß ich nicht, es kommt hier auch nicht in Frage“, fuhr sie unbeirrt fort. „Ich ersuche Sie einfach um Ihren Rechtsbeistand in der Sache Richard Claasens; sein Schicksal ist das meinige; er ist mein Verlobter.“

„Ihr Verlobter? Claasens?“

„Ja; kurz vor dem schmachvollen Unglück, das ihn betraf, hatten wir uns verlobt; und ich, Herr Rechtsanwalt, ich ruhe nicht eher, als bis ich seine Unschuld an den Tag gebracht habe. Ich wende mich an Sie mit der Bitte um Beistand, da ich weiß, daß Sie mein Freund sind, daß Ihnen daher sein Geschick am Herzen liegen muß.“

Elisabeth hatte langsam gesprochen, jedes einzelne Wort genau betonend. Dabei hielt sie ihre Augen fest auf des Rechtsanwalts Gesicht gerichtet und sie bemerkte, daß ein leichtes Zucken über seine Züge ging.

„Ich sehe Ihnen zu Diensten“, entschied Glaubig nach kurzem Bedenken.

Fräulein Seydel neigte nur leicht den Kopf. „Nicht wahr“, sagte sie dann, die Vorgänge des Morgens sind Ihnen genau bekannt?“

„Sie wissen auch, welches die Motive sind, die Richard Claasens in den Verdacht der Schuld gebracht haben?“

„Jawohl“, erwiderte der Rechtsanwalt mit düsterem Gesichte; er sah an der jungen Dame vorüber; seine Blicke hefteten sich starr auf ein Bild, das ihm gegenüber an der Wand hing.

„Also Sie, mein Freund, —“ forschte Elisabeth, jedes Wort noch immer scharf betonend, „glauben Sie an seine Schuld?“

Jetzt traf sie ein Blick aus seinen Augen, wie ein zukender Blick.

„Ich hatte Grund genug, an seine Schuld zu glauben“, versetzte er schnellend, — „gleichviel, — ich werde mein möglichstes tun, Beweise zu seinen Gunsten ausfindig zu machen.“

„Ausfindig zu machen?“ wiederholte Elisabeth langsam, indem sie ihn ansah. „Herr Rechtsanwalt, wenn Sie, von wahrer Freundschaft geleitet, die Sachlage geprüft hätten, würden Sie dann nötig gehabt haben, für Richard Claasens Unschuld die Beweise erst zu suchen?“

Glaubig ballte die Faust, die auf seinem Knie lag, aber er gab sich Mühe, gleichmütig zu bleiben, und erwiderte in geschäftsmäßigem Tone: „Weder Freundschaft noch Freundschaft, noch sonstige persönliche Gefühle kommen in Frage, wenn es sich um sachgemäße Beweisführung handelt, quädeliges Fräulein. Ich wiederhole, — ich stehe Ihnen zu Diensten und werde mein möglichstes tun, in Ihrem Interesse zu handeln.“

„Darf ich fragen, welches die Gründe sind, aus denen Sie Richard's Schuld für erwiesen halten?“ Ich weiß wohl, Sie werden mir erwidern, was ja auch für das Gericht maßgebend war: Das Messer Richards, das neben der Leiche lag, die Blutflecken an seinem Anzuge, — und so weiter, — das alles sind Verdachtsmotive äußerer Art. Ich meine, ob Sie, als Freund von ihm, der Sie vielleicht sein Vertrauen besaßen, innerliche, schwerwiegende Gründe für seine Schuld haben?“

Keine Bewegung seiner Züge verriet Elisabeth die Wirkung ihrer Frage; wie aus Stein gehauen saß er ihr gegenüber.

„Und wenn ich solche hätte“, entgegnete er mit schroffer Bestimmtheit, „so würde ich sie nicht verraten, auch selbst Ihnen nicht, mein gnädiges Fräulein.“

Seine Stimme hatte einen heiseren Klang, sein Ausdruck war kalt, und Elisabeth vermochte nicht, in seinen Zügen zu lesen. (Fortsetzung folgt.)

Kasse in Chemnitz, die uns einen Vertreter des Reichsverbandes in trauriger Harmonie mit einem vom Gericht abgeurteilten Expreser zeigte. Der Reichsverband erhält von den Schafmachern Geld, um den Kampf gegen alles zu führen, was irgendwie mit der modernen Arbeiterbewegung im Zusammenhang steht. Auch der Feldzug gegen die Drückstrafen ist auf diese duffende Quelle zurückzuführen, und die Auftraggeber dürften nicht sehr erbaut davon sein, daß dieser schöne Plan so schnell in die Brüche geht.

Arbeitslosenfürsorge der Münchener Gewerkschaften. Auf Veranlassung des Statistischen Bureaus hat der Münchener Gewerkschaftsverein Erhebungen angestellt über die Zahl der Arbeitslosen in den Gewerkschaften und die von den gewerkschaftlichen Organisationen gezahlten Arbeitslosenunterstützungen. Für München haben diese Erhebungen für das Jahr 1907 folgenden Resultat ergeben: Organisiert waren in München im Jahresdurchschnitt 52 592 Arbeiter und Arbeiterinnen. Organisationen, die Arbeitslosenunterstützungen zahlten, hatten 38 285 Mitglieder. Arbeitslosenunterstützung erhielten 5487 Personen für 102 635 Tage. Unter Zurechnung der Karenzzeiten betrug die Zahl der Arbeitslosenunterstützung 190 910. Insgesamt wurden für Arbeitslosenunterstützung 151 086 ausbezahlt. Diese Ziffern werden jedem einsichtigen Arbeiter zeigen, wie nützlich die Tätigkeit der Gewerkschaften ist.

Kostgängerprämien. Das verwerfliche Kostgängerwesen wird längst selbst von sonst wenig fortgeschrittenen Sozialpolitikern bekämpft. Wer von seinen verwerflichen Wirkungen überzeugt ist, braucht nur einen Blick in die Lokalpresse des rheinisch-westfälischen Industriegebietes zu werfen, um eines Besseren belehrt zu werden. Auch die Zechenherren können die verwerflichen Wirkungen des Kostgängerwesens nicht übersehen, dennoch wird es skrupellos von ihnen begünstigt. Für die herangelockten Arbeitsflaven müssen sie ein Unterkommen besorgen und was fragen sie danach, wenn das Familienglück der Arbeiter untergraben wird und auf sittlichem Gebiet immer trostlosere Zustände einreichen. Sie werfen sogar Prämien für das Halten von Kostgängern aus. Dem „glorreichen“ Beispiel vieler anderer Zechen, den Einwohnern ihrer Kolonien Prämien für das Halten von Kostgängern zu zahlen, ist jetzt auch die Zeche „Friedlicher Nachbar“ (Stimmzeche) gefolgt, wie nachstehendes hektographierte Schreiben an einen Bergarbeiter, der schriftlich um Arbeit angefragt hatte, beweist:

„Zeche Friedlicher Nachbar (bei Linden-Nub),
3. Nov. 1908.
Herrn N. . . N. . . in Dortmund.
Als Antwort auf Ihr Schreiben vom 31. Oktober 1908 teilen wir Ihnen mit, daß Ihre Anlegung als Dauer hier besteht vom 1. Januar 1909, evtl. auch früher, erfolgen kann, sofern Sie im Besitze ordnungsmäßiger Papiere sind. Die Löhne auf hiesiger Zeche sind dieselben wie auf den übrigen Zechen des Bezirks.
Die Wohnung, welche am 1. Januar 1909 bezogen werden kann, besteht aus 4 Zimmern, zwei Kellern und Boden, außerdem gehört ein Viertel des zum Hause gehörigen Gartens, sowie ein Stall dazu.
Der Mietspreis beträgt 192 Mk. für ein Jahr; derselbe ermäßigt sich:

- auf 180 Mk., wenn Mieter einen Kostgänger hält,
- auf 168 Mk., wenn Mieter zwei Kostgänger hält,
- auf 156 Mk., wenn Mieter drei Kostgänger hält,
- auf 144 Mk., wenn Mieter vier Kostgänger hält.

Die Kolonie liegt in der Nähe der Zeche und wäre es zu empfehlen, daß Sie Ihre Möbel, wenn angängig, per Waggon zum Zechenbahnhof schieben; wir würden Ihnen dann beim Entladen und Transportieren derselben beihilflich sein. Für Reise- und Umzugskosten leisten wir keinen Zuschuß.

Sie wollen sich binnen acht Tagen entschließen, ob Sie unter den gestellten Bedingungen die Arbeit aufnehmen, eventuell ob und wann Sie eine Wohnung beziehen wollen, andernfalls sind sämtliche Abmachungen ungültig.

Wir haben hier steile Lagerung.
Achtungsvoll
E. Feilenbrügge, Betriebsführer.“

Für das Halten eines Kostgängers werden nach diesem Schreiben 12 Mk. für zwei 24 Mk., für drei 36 Mk. und für vier 48 Mk. Prämien gezahlt. Wirklich eine prächtige Methode, die auch verdient hätte, prämiert zu werden. Und da wollen die Bergarbeiter den Wohlstandeswahn ihrer Wohlthäter, der Grubenherren, immer noch nicht anerkennen. Welch ein undankbares Volk sind doch diese Bergarbeiter!

Kunstsimul der Kopenhagener Arbeiterschaft. Die Gewerkschaften Kopenhagens haben ihrer Stadt ein großes, kunstvoll gearbeitetes Bronzebecken geschenkt, das nun die Freitreppe des Rathauses ziert. Entworfen und modelliert wurde es von dem Rathausbaumeister Nyrop und dem Bildhauer E. Chr. Petersen. Das Becken wiegt über 1000 Kilo, es hat eine Höhe von ungefähr anderthalb Metern und der Durchmesser am oberen Rande beträgt zwei Meter. Ringsherum um das Becken schlingen sich in zwei breiten Ranken die Wappen der 80 Gewerkschaften, auf der einen Seite vom Stadtwappen auslaufend, auf der anderen vom Wappen des „Weiblichen Fachverbandes“, auf dem man zwei Arbeitsfrauen sieht, die einander die Hand reichen. Das Kunstwerk hat 6000 Kronen gekostet, die durch freiwillige Sammlungen von der Arbeiterschaft aufgebracht wurden. Wie es das steht, wird es jahrhundertlang zeugen von der Einmütigkeit und Kulturböhe der Arbeiterschaft unserer Zeit, von ihrem Kunstgefühl und Bürgerstolz in einer Stadt, in der dem Arbeiter wenigstens soweit Bürgerrechte gewährt sind, daß er seinen Einfluß auf die Verwaltung geltend machen, daß er eine gewisse Liebe zu dem Gemeinwesen empfinden kann, für das er wirkt und schafft.

Aus dem „freien“ Sessellande. Vor kurzem wurde in Biel bei Frankfurt a. M. Genosse Armbrust zum Abgeordneten (2. Bürgermeister) gewählt. Die heftige Regierung hat nun dem Genossen Armbrust die Bestätigung versagt, weil er der sozialdemokratischen Partei angehört.

Gegen das persönliche Regiment. Die Verhandlungen des Reichstages über das Kaiser-Interview sind im stenographischen Wortlaut im Verlage der Buchhandlung „Vorwärts“ erschienen. Die 128 Seiten starke Broschüre wird an die Organisationen zum Preise von 8 Mk. für das Hundert abgegeben, sobald eine Massenverbreitung ermöglicht ist. Gleichzeitig sind zwei Flugblätter über das persönliche Regiment und die Reichstagsdebatten fertiggestellt und an die Bezirksorganisationen versandt.

Deutscher Reichstag.
Originalbericht des „Lübener Volksboten“.
Berlin, den 25. Novbr. 1908.
168. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.
An Bundesratspräsident: von Bethmann-Hollweg, Dr. Delbrück.
Graf Kautz (R.): Wir freuen uns über die Besprechung der Interpellation. In den Ruf nach einem Berggesetz aber

können wir nicht einstimmen. Reichsgesetze sind nicht besser als preußische Gesetze. (Na, na! bei den Soz.) Zu dem Minister Delbrück können die Arbeiter volles Vertrauen haben. (Lautes Lachen b. d. Soz.) Arbeiterkontrollen schlingen nicht vor Katastrophen, das hat Courrières gezeigt. Trotzdem stimmen wir der Einführung dieser Institution innerhalb der vom Minister angegebenen Grenzen zu, weil dann auf die Arbeiterkontrollen ein Teil der Verantwortlichkeit abgesehen werden kann und die Sozialdemokraten nicht mehr alle Schuld auf die Bergbehörde schieben können. (Beifall rechts.)

Gothein (SPd.): Die eindrucksvolle Rede des Herrn Hue war leider nicht frei von Einseitigkeiten, die freilich in seiner begreiflichen Erregung eine Entschuldigung finden. Man hätte mit der Interpellation etwas warten sollen, denn zurzeit konnten die Ursachen der Katastrophe noch nicht festgestellt sein. Daß es an Wasser gefehlt hat, scheint festzustellen. Daß schließlich finanzielle Gesichtspunkte bei dem Bergbau ausschlaggebend sind, ist natürlich, zumal das Bergkapital mit starkem Risiko arbeitet. Andererseits hat Herr Hue mit vollem Recht an dem System des Fördersolls und des Prämienwesens schneidende Kritik geübt und ich bedaure, daß vom Ministertisch aus dies System verteidigt wird. Hoeffentlich befehrt man sich im Handelsministerium zu sozialerer Auffassung. Bei der Gebirgsfestlegung sollte der Steiger und wie in England auch ein Vertrauensmann der Arbeiter zugezogen werden. (Sehr richtig! b. d. Soz.) — Mit dem, was Herr Hue über die Verrippung der Bergbeamten mit den Bergkapitalisten sagte, hat er leider teilweise recht. (Hört, hört! b. d. Soz.) Es ist aber andererseits natürlich, daß die Söhne der Bergwerksbesitzer in die Bergverwaltung eintreten. Man sollte aber niemals Bergbeamte in Revieren anstellen, wo sie finanziell interessiert sind. In sozialem Gefühl fehlt es leider den Bergbeamten; sie kommen sich oft vor wie Halbgötter. Ich denke dabei an den hübschen Witz, der Kaiser von Rußland leide an Größenwahn, er bilde sich ein, Regierungsreferendar geworden zu sein. (Gr. Läch.) Höchst bedauerlich ist es, daß entgegen den Verheißungen des Staatssekretärs der Sprachenparagraf von der preußischen Regierung zur Unterbindung der gewerkschaftlichen Organisation benützt wird. Hätten Sie das gewußt, so hätten viele meiner Freunde nicht für das Vereinsgesetz gestimmt. (Hört, hört!) Das Vereinsgesetz wäre soeben gefallen. Wir fordern daher mit allem Nachdruck, daß die gegebenen Versprechungen des Staatssekretärs eingelöst werden. (Sehr richtig! links.) — Bei der Bergverwaltung ist die fiskalische Seele leider stets härter, als die soziale. (Sehr wahr! b. d. Soz.) — Die Einführung von Arbeiterkontrollen ist dringend notwendig. — Die Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission ist empfehlenswerter, als die Bildung einer gemischten Behörde. — Ein Reichsberggesetz ist um so nötiger, als das preußische Abgeordnetenhaus unter Führung der Nationalliberalen die Berggesetznovelle der Regierung verschandelt hat. Mindestens müssen Bergarbeiterbeschäftigungen in die Gewerbeordnung eingegliedert werden und muß dem Zustand ein Ende gemacht werden, daß der preußische Staat zugleich Bergwerksbesitzer und Aufsichtsbehörde ist. Die Aufsicht muß auf das Reich übertragen werden. Wir verlangen ferner Anerkennung der Arbeiterorganisationen. (Bravo! b. d. Fr. Wg.)

Schiffer (Z.): Werden noch ein paar solcher Reden wie die gestrige Mannsche gehalten, so werden die Nationalliberalen ihre letzten Anhänger im westfälischen Industriegebiet verlieren. — Angesichts der Weigerung der Grubenbesitzer, mit den Arbeiterorganisationen zu verhandeln, möchte ich mich nach dem Schicksal des Entwurfs über Arbeitskammern erkundigen. — Ein endgültiges Urteil über die Ursachen der Katastrophe kann man ja heute kaum abgeben; aber Unordnungen mancher Art scheinen doch sicher auf der Zeche Raddob vorgekommen zu sein. Die Kontrolle durch die Bergbehörde ist ungenügend, und die Ausbildung der Kontrollbeamten läßt viel zu wünschen übrig. Nicht eine einzelne Person, sondern das ganze System ist an der Katastrophe schuld. — Was den Sprachenparagrafen betrifft, so kannten doch die Freunde des Herrn Gothein die Regierung und hätten sich daher auf ihre Versprechungen nicht einlassen sollen. (Sehr richtig im Zentrum und b. d. Soz.) Man lockt die fremden Arbeiter zu Tausenden ins Industriegebiet und verbietet dann, daß sie in ihrer Muttersprache aufgeführt werden. Der Staatssekretär sollte dafür sorgen, daß sein Versprechen, den Sprachenparagrafen nicht auf Berufsorganisationen anzuwenden, erfüllt wird. — Arbeiterkontrollen können nur nützlich sein, wenn sie frei und unabhängig gewählt werden. Wir müssen fortgesetzt auf Erlaß eines Reichsberggesetzes drängen. Zum Staate Preußen hat kein Bergarbeiter Vertrauen. Mit der Verweigerung des Bergarbeitergesetzes züchtet man Sozialdemokraten in Masse. (Bravo! im Zentrum.)

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg: Eigentlich hat ja das Grubenunglück nichts mit dem Sprachenparagrafen zu tun. (Lachen b. d. Soz. und i. Zentr.) Da aber einmal davon die Rede ist, so will ich hier nachdrücklich feststellen, daß ich bei der Beratung des Reichsvereinsgesetzes erklärt habe, der Sprachenparagraf werde auch im Wesen des Reiches gegenüber den Arbeitern polnischer Zunge in Anwendung gebracht werden. (Große Unruhe und heftiger Widerspruch b. d. Soz., Polen u. im Zentr.) Die politischen Gewerkschaftsorganisationen in Westfalen verfolgen neben wirtschaftlichen national-polnische Ziele. Sonstige gewerkschaftliche Versammlungen sind, soweit mir bekannt, nicht erschwert worden. (Lautes Widerspruch b. d. Soz.) Ein Widerspruch zwischen meiner damaligen Erklärung und der Handhabung des Sprachenparagrafen besteht nicht. (Große Unruhe b. d. Sozialdemokraten. Ledebour: Dann ist der Reichstag planmäßig irregulär geführt worden! Losender Lärm rechts.)

Vizepräsident Kämpff: Ich rufe Sie, Herr Ledebour, wegen dieser unzulässigen Äußerung zur Ordnung. (Bravo! rechts, Unruhe b. d. Soz.)

Hue: Ledebour hat die Wahrheit gesprochen! (Leb. Beifall b. d. Soz.)

Vizepräsident Kämpff: Wenn Sie sich mit Herrn Ledebour solidarisch erklären, rufe ich auch Sie zur Ordnung. (Erregte Zurufe b. d. Soz.: Rufen Sie uns doch alle zur Ordnung. Andauernde Unruhe und Bewegung im ganzen Hause.)

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg: erklärt noch gegenüber dem Abg. Schiffer, daß das Arbeitskammergesetz am heutigen Tage an den Reichstag gelangt.

Dr. Höffel (Rp.): wünscht unparteiische Untersuchungen und bekämpft den Erlaß eines Reichsberggesetzes.
Brejzki (Pol.): Die Bergbehörde trifft die Schuld am Raddobder Unglück. Auf der Zeche war nicht alles in Ordnung. Erst ein paar Tage vor dem Unglück wurden Wetterkontrollen, oder vielmehr ein einziger Wetterkontrollleur für den ganzen Betrieb eingestellt. Der Wasservorrat und die Verriegelung waren ungenügend, die Gänge zum Teil vorchriftswidrig eng. Man hat die Grube geschlossen, obwohl doch die Möglichkeit vorlag, noch Menschenleben zu retten. Die Verantwortlichen werden in Raddob als Zeugen vernommen, statt auf der Anklagebank zu sitzen. Man sollte die Grubenverwaltung auch wegen Leichenfindung unter Anklage stellen. — Es gilt jetzt für genügenden Schutz der Überlebenden zu sorgen.

Wir verlangen gegen Maßregelungen geheimer Arbeiterkontrollen und ein Reichsberggesetz. Die Polizeiverwaltung hat entgegen den Zusicherungen des Staatssekretärs das Vereinsgesetz in geradezu wahnwitziger Weise gemißhandelt. (Unruhe rechts.) Was das Versprechen des Staatssekretärs betrifft, den Sprachenparagrafen nicht auf gewerkschaftliche Organisationen anzuwenden, so haben wir Polen und mit uns der Abg. Ledebour damals schon auf die zweideutige Fassung der Worte des Herrn v. Bethmann-Hollweg aufmerksam gemacht. — Man glaube nur nicht, daß die Regierung, befehrt durch das furchtbare Unglück für die Veröffentlichung der Schugbestimmung in polnischer und italienischer Sprache sorgen wird. Sie wird vielmehr erst recht mit der Entrechtung der fremdsprachigen Arbeiter fortfahren. Die Mütter der Polen, die in der Grube erschlagen liegen, können mit Recht sagen: Die wahren Mörder sind die, die die polnischen Arbeiter von der Scholle jagten und in die Grube zwangen. (Lebhaftes Bravo bei den Polen und den Soz.)

Preussischer Handelsminister Dr. Delbrück: Ich bin nicht verpflichtet, hier auf alle Angriffe des Abg. Hue zu antworten. Ein preussischer Minister darf nicht vor dem Reichstag auf die Anklagebank kommen, das preussische Abgeordnetenhaus ist die Instanz vor der er sich zu verantworten hat. (Lebhaftes Bravo! rechts. Abg. Hue ruft: Geben Sie mir auch dort das Wort Herr Minister? Sehr gut! b. d. Soz.) Ich begreife nicht, wie der Abg. Hue hat demängeln können, daß ich meine Beamten zu entgegenkommender Auskunfterteilung an die Presse bevollmächtigt habe. Dem Vertreter des „Berliner Tageblatts“, von dem Herr Hue gestern sprach, habe ich auf dem Bahnhofe mit Unschicklichkeit gesagt: Ich bin heute nicht imstande ein abschließendes Urteil zu fällen. (Hört, hört! rechts.) Ich habe also keineswegs vorzeitig die Unschuld der Zechenverwaltung bezeuget. Wenn Mißstimmung bei den Bergarbeitern gegen mich herrscht, so sind nicht daran meine Taten, sondern die Übertreibungen des Herrn Hue und seiner Freunde schuld. Es ist zu bestreiten, daß die Bergbeamten durchweg unsozial sind. Wenn dieser Vorwurf aber auf einige zutrifft, so fällt ein großer Teil der Schuld auf die ewigen Angriffe und Verdächtigungen. (Sehr richtig! rechts.) Das Mißtrauen, das die Sozialdemokratie sät, ist das Hauptergebnis einer zwedienlichen Sozialpolitik. (Lebhaftes Bravo! rechts.) Ich habe entgegen den Behauptungen des Herrn Hue die Geschichte der englischen Arbeiterbewegung studiert und habe gefunden, daß es in England deshalb besser steht, weil der englische Arbeiter niemals seine berechtigten wirtschaftlichen Forderungen mit politischen Fragen verquittet hat und nicht aufgehört hat, mit seinen Volksgenossen die Größe seines Vaterlandes zu bewundern und zu fördern. Mögen so auch die deutschen Arbeiter empfinden und handeln. (Lebhaftes Bravo! bei den bürgerlichen Parteien. Zischen bei den Sozialdemokraten.)

Guno (SPd.): Die übermäßige Heranziehung fremder und mit dem Bergbau nicht vertrauter Arbeiter, die finanzielle Übermacht der Grubenherren, die die Gemeindeverwaltungen von ihnen abhängig macht, der schroffe Unternehmerrstandpunkt, die Ausperrungen und die schwarzen Listen schaffen leider der heftigen Sprache der sozialdemokratischen Blätter einen geeigneten Resonanzboden unter den Bergarbeitern. Die Heranziehung der Arbeiter und zwar der Arbeiter aller Organisationen zur praktischen Mitarbeit ist am besten geeignet, Wandel zu schaffen. Da die Unternehmer sich leider gegen Tarifverträge sträuben, so kann nur gefühlige Regelung helfen und diese kann nur durch das Reich erfolgen, weil die Bergarbeiter — ich will dahingestellt sein lassen, ob wegen des Dreiklassenstems — dem preussischen Landtag unüberwindliches Mißtrauen entgegenbringen. (Bravo! b. d. Freis.)

Werner (Antis.): Ich hätte bei dieser Frage lieber Herrn Mugdan gehört, als Herrn Guno. Die Regierung sollte besonders die christlichen Arbeiterorganisationen hören und fördern.

Ein Vertagungsantrag wird angenommen.
Präsident Graf Stolberg schlägt vor, die nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr abzuhalten mit der Tagesordnung Reichsfinanzreform.

Sachse (SD.) beantragt die Fortsetzung der heutigen Besprechung auf die Tagesordnung zu setzen.

Ledebour (SD.): Dem Antrag muß umsomehr Folge gegeben werden, als es sich um die Frage handelt, ob das Reichsgesetz nicht dolos zustande gebracht sei. (Unruhe rechts.) Ich werde aus den Akten beweisen, daß dem so ist. Außerdem haben wir ja gehört, daß 11 freisinnige Abgeordnete gegen das Vereinsgesetz gestimmt hätten, wenn sie die Handhabung des Sprachenparagrafen vorausgesehen hätten. Hoeffentlich unterstützen also die Freisinnigen unseren Antrag.

Der Antrag Sachse wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Polen abgelehnt und es bleibt also bei der vom Präsidenten vorgeschlagenen Tagesordnung.
Schluß 6 1/2 Uhr.

Aus dem Gerichtssaal.
Steuerhinterziehung eines Agrariers. Von der Bezirkssteuerbehörde Schach war der Rittergutspächter Gustav Adolf v. Wollfersdorff in Groß-Duerbisch bei Wermsdorf in eine Strafe von 3540 Mk. als dem vorgeschriebenen sechsfachen Betrage der Einkommensteuersummen genommen worden, die er nach den rechnerischen Feststellungen der Steuerbehörde in den Jahren 1905 bis 1907 hinterzogen haben sollte. Gegen diesen Strafbescheid hatte v. Wollfersdorff Entscheidung des Gerichts beantragt und so hatte sich denn die 4. Strafkammer des Landgerichts Leipzig mit der Angelegenheit zu befassen. Die Steuerbehörde hatte ihren Strafbescheid auf die §§ 68 und 69 des Gesetzes vom 24. Juli 1900 gestützt und behauptete, daß der Angeklagte sich in den in Frage kommenden Jahren viel zu niedrig eingeschätzt habe; diese Unterschätzungen seien so erheblich, daß als erwiesen angenommen werden müsse, daß der Angeklagte nicht etwa im guten Glauben gehandelt, sondern daß er die Hinterziehung absichtlich vorgenommen habe. Das Gericht kam nach längerer Verhandlung zu einer Freisprechung des Angeklagten, weil es angenommen hat, der angeklagte adelige Rittergutspächter habe nur fahrlässig gehandelt; festgestellt wurde aber, daß er bei der Einschätzung falsche Angaben gemacht und sein Einkommen den obigen Angaben entsprechend zu niedrig angegeben hatte.
Bernsteiner Weinpächter. Die Strafkammer in Landau (Pfalz) verurteilte den Weinhändler Adam Zingfelder aus Niederbustadt bei Landau wegen Weinsälschung zu 3000 Mk. Geldstrafe, evtl. sechs Monaten Gefängnis. Außerdem wurde die Einziehung von 30 400 Liter Wein verfügt.
Ein Massen-Landesfriedensbruch-Prozess findet gegenwärtig am Landgericht in Regensburg statt. In der industriellen Oberpfalz liegt das große Eisenwerk Maxhütte, das riesenprofite abwirft, aber nicht für die Arbeiter, sondern für die Unternehmer. Es werden jährlich Dividenden verteilt von 28 bis 40 Proz. Die Ar-

better dagegen haben einen Tagelohn von 2,40 Mk., wofür sie 12 Stunden schwere, gefährliche, oft tobdringende Arbeit verrichten müssen. Im Herbst 1907 erlaubten sich diese über alle Maßen ausgebeuteten Arbeiter, eine bescheidene Lohnforderung zu stellen, die sie sogar noch ermäßigten, um mit der Firma unter allen Umständen auf gütlichem Wege einig zu werden. Die Firma lehnte aber brutal jede Lohnhöhung ab und ließ die Arbeiter dann überhaupt nicht mehr ins Werk hinein. In der einen Brutalität nach die der Aussperrung von 650 Arbeitern. Der Lohnkampf verlief drei Wochen ohne Zwischenfall, bis eines Tages die 40 Christlichen, die mit in den Streik getreten waren und deren Führer die Forderungen der Arbeiter bisher als gerecht anerkannt hatten, zu Streikbrechern wurden mit der Begründung, sie seien von der Firma nur beurlaubt und von ihr auch unterstellt worden, jetzt habe die Firma aber sie, die Christlichen, zur Arbeit kommen lassen. Mit dem gleichen Tage, an dem die 40 Christlichen Streikbrecher wurden, begannen die Christenführer die Bewegung in der Zentrumsprelle zu diskreditieren; die Forderungen wurden plötzlich als nicht unterstellt erklärt, Ausgesperrten verleumdet und die öffentliche Meinung fortgesetzt gegen die Bewegung scharf gemacht. Dies wie fortwährende Provokationen durch die Streikbrecher, und die doppelte Lohnzulage für die Streikbrecher durch die Werksleitung erbiterte die Ausgesperrten nach und nach derart, daß es nur eines äußeren Anlasses bedurfte, um einzelne Ausständige zu Ausschreitungen zu verleiten, wofür, weil diese einzelnen unter der großen Masse sich befanden, die Gesamtheit der 600 Ausgesperrten verantwortlich gemacht wurde. Unter den unverhämtesten Übertreibungen und Lügennachrichten der von christlichen Sekretären bedienten Zentrumsprelle entstanden angebliche Straßenkämpfe, angeblich geplante Ermordungen des Werks usw. Wir haben ja seinerzeit darüber ausführlich berichtet. Nun hat man 64 Personen wegen Landesfriedensbruchs auf die Anklagebank geschleppt. Schon der erste Verhandlungstag läßt den Schluss zu, daß die meisten der Angeklagten ihre Ausschulbigung der Willkür von Anzeigern zu danken, daß Kombinationen und blinde Rachsucht die Unterlage für manche Anzeige gebildet haben; wer in der Dunkelheit zufällig unter dem großen Haufen erkannt wurde, befindet sich nun unter den Landesfriedensbrechern, gleichgültig, ob er nur zufällig oder mit Willen unter der Menge war, aus der heraus einzelne Steine geworfen haben. Es wurde aber auch festgestellt, daß Streikbrecher schon vor den Ausschreitungen Posten bewachen oder beschossen haben. Am ersten Verhandlungstag gab es einen interessanten Zwischenfall. Die Mehrzahl der Angeklagten reichte ein Schreiben ein, worin sie erklärten, daß sie wegen längerer Arbeitslosigkeit gänzlich mittellos und deshalb nicht in der Lage seien, die weiteren 4 oder 5 Tage der Verhandlung zu bezahlen; das Fahrgeld von täglich 1 Mk. und das Zehrgeld außerhalb ihres Wohnortes könnten sie nicht aufbringen. Darauf entstand am Gerichtstisch eine förmliche Panik; man wußte sich nicht zu helfen. Schließlich wurde erklärt, man werde bis zum anderen Tag für ein Massenquartier Sorge tragen. Für die erste Nacht waren nun die armen Leutchen der Straße überantwortet. In der Verhandlung war bereits ein Angeklagter wegen Hungers erschöpft zusammengebrochen.

Aus Nah und Fern.

Gattinmord. Aus Leipzig wird berichtet: Seit dem 15. d. Mts. war die Ehefrau des in Gaußsch bei Leipzig lebenden 38-jährigen Arbeiters Karl Friedrich Rauschenbach spurlos verschwunden. Gegen Rauschenbach richtete sich der Verdacht, seine Frau beiseite geschafft zu haben. Bei seiner am Sonnabend erfolgten Verhaftung gelang es, am 15. November abends seine Frau — ein Streit war vorausgegangen — beim Döllzer Wehr in die Pleiße geschoben zu haben. Die Frau habe mit den Kluten noch einige Zeit gekämpft, dann aber sei sie untergetaucht und ertrunken. Rauschenbach gibt zu, seine Frau in der Absicht, sie zu ertränken, in den Fluß geschoben zu haben. Bis jetzt konnte die Leiche der Ertrunkenen noch nicht gefunden werden. Er verlor vor einem Jahre seine Frau durch den Tod. Sie hinterließ ihm 4 Kinder. Im vorigen Jahre heiratete er eine zweite Frau, die ihm einen 12 Jahre alten Sohn mit in die Ehe brachte. Rauschenbach war der unbegründeten Meinung, daß seine Frau seine Kinder vernachlässige, und Streit und Gader waren bei der Familie an der Tagesordnung. Frau Rauschenbach war allseitig beliebt und sehr fleißig.

100 000 Mark unterschlagen. Der Produzent der Aktiengesellschaft Arthur Koppel, Fritz Kluge, hat sich Unterschlagungen in Höhe von 100 000 Mark zuschulden kommen lassen. Der Mann, der das Geld verschwendet hat, wurde verhaftet.

Die Grubenkatastrophe von Hamm — eine Prüfung Gottes! Der „Westfälische Anzeiger“ veröffentlicht folgendes Dokument:

Soikum, 12. November.
Hochwohlgeborener Herr Professor!
Hochverehrter Herr Generaldirektor!
Hochwohlgeborene tiefe Trauer über das so plötzlich hereingebrochene Grubenunglück teilen in besonderer Weise „Radbod's“ sämtliche Nachbargemeinden. Ein Hochwohlgeborener, sowie ein verehrlicher Grubenvorstande der Zeche „Radbod“ spreche namens der innig teilnehmenden katholischen Pfarrgemeinde Soikum ich das tiefgefühlteste Beileid aus.
Die so herrlich aufblühende junge Zeche steht hier vor einer Prüfung des allwaltenden Gottes; liegt doch die Leitung der Zeche, wie allseitig anerkannt — die bisherigen, verhältnismäßig verschwindend wenigen Unfälle und Betriebsstörungen be-

welsen es erst recht — in durchaus erfahrenen und sicheren Händen. Gerade letzter Umstand gibt auch der Hoffnung Raum, daß die Zeche „Radbod“ diese so schwere Prüfung bald und mit Erfolg überwinden wird.
Ew. Hochwohlgeborene fühle ich mich gedrungen, gern zuzusehen, der so früh hinweggenommenen, hiederen Knappen beim öffentlichen Gottesdienst eifrig zu gedenken und der Hinterbliebenen große Trauer nach Kräften mildern helfen zu wollen.
Ew. Hochwohlgeborenen des verehrlichen Grubenvorstandes betreffs der Beisetzungsfeier der katholischen Bergleute aus hiesiger Gemeinde bin ich gern nachzukommen bereit.
Ew. Hochwohlgeborenen ergebenster
Wickendorf, Pfarrer.

Ein wahrhaft christlich empfindendes Gemüt muß sich durch ein solches Schreiben abgestoßen fühlen. Empfindet der Herr Pfarrer seine eigenen Worte nicht als Gotteslästerung, da er von der „Prüfung des allwaltenden Gottes“ spricht? Die Leitung der Zeche lag in durchaus erfahrenen und sicheren Händen; — „allseitig“ sei das anerkannt — schreibt der Herr Pfarrer. Die Hauptbeteiligten, die Bergleute, sind anderer Meinung. Der Herr Pfarrer will wohl sagen, daß er die Verwaltung von letzterher Schuld freispricht. Das haben ja auch schon andere getan, z. B. der Minister Delbrück. Anders ist aber die Meinung der Bergarbeiter über die Schuldfrage. Von ihm, dem Pfarrer, ist es doch ein gewagtes Stück, die Verwaltung zu entlasten und die Schuld dem lieben Herrgott aufzubürden. Meint er, die Arbeiter wären so völlig urteilslos? Sie verständen nicht die tiefe Vergebung des Priesters vor dem großmächtigen Vertreter des Königs? Die Weisheit wundert sich über den (erfreulicherweise) zunehmenden „Unglauben“, über die Abwendung der Arbeiter von der Kirche. Aber wir wundern uns nicht darüber, solche Offenbarungen müssen ja eine Massenflucht aus der Kirche zur Folge haben.

Gerettet. Zwei Bergleute, die am Freitag vor. Woche auf der Zeche Hannover bei Bochum durch hereinbrechende Gesteinsmassen eingeklemmt wurden, sind nach vierstündigen in unterbrochenen Rettungsarbeiten Dienstag abend gerettet worden. Außer dem vierstündigen Hunger und Durst ist den Bergmännern kein Schaden geschehen. Sie wurden in das Krankenhaus überführt, um sich zu erholen.

Bergarbeiterlos. Wie die „Wattenscheider Zeitung“ meldet, kamen auf der Zeche Engelsburg in Eppendorf bei Wattenscheid am Montag drei Bergarbeiter zu Tode. Das Unglück ereignete sich dadurch, daß die Arbeiter verbotswidrig einen Bremskorb benutzten, wobei der Bremsberg zu Bruch ging.

Aus dem Zuge gestürzt. In der Nähe der Station Kassel (Kreis Dortmund) ist am Montag aus einem fahrenden Personenzuge ein Knabe herausgestürzt. Der im Zuge befindliche Vater sprang alsbald dem Kinde nach. Beide wurden schwer verletzt.

Überfallener Schaffner. Im Nachtzuge nach Köln ist ein Schaffner überfallen worden. Man fand den Beamten in einem Abteil bei Schweilert mit einem schweren Schädelbruch bewußtlos vor und schaffte ihn ins Krankenhaus. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Der prozessmäßige Afrika-Peter. Die „Münchener Post“ teilt mit, daß Dr. Peters dieser Tage die Kosten seines Prozesses gegen die „Königliche Zeitung“, die er vor einigen Wochen noch nicht zahlen konnte, gezahlt hat. Danach ist es also nicht etwa Geldmangel, der Herrn Peters zum Zurückziehen seiner Klage gegen die „Münchener Post“ und gegen den „Vorwärts“ bewogen hat.

Wieder eine russische Liebenswürdigkeit. Der schlesische Verein für Luftschifffahrt teilt der Presse mit, daß am Sonnabend auf den deutschen Ballon „Schlesien“, als er sich nach 180 Meter von der russischen Grenze entfernt befand, von russischen Grenzposten etwa 15 Schüsse abgegeben worden waren. Ein Schutz traf den Korb des Ballons, schlug in einen Sandhauf ein und nur dadurch wurde eine Katastrophe verhütet. Der Ballon ging dann auf deutschem Boden nieder. Den deutschen Luftschiffern wird empfohlen, wenn sie in die Nähe der russischen Grenze kommen, möglichst hoch zu steigen, damit sie von den Kugeln der Grenzposten nicht getroffen werden. Über den Vorfall wird eine Untersuchung eingeleitet, die sich wieder lange hinziehen und dann vermutlich ergebnislos verlaufen wird. Wenn es den Russen gestattet ist, deutsche Staatsbürger, die auf deutschem Boden spazieren gehen, zu erschließen, ohne daß ihnen deshalb etwas geschieht, dann glauben sie, jedenfalls annehmen zu dürfen, daß es ihnen auch gestattet sei, auf einen über deutschem Boden fahrenden Luftballon zu schießen.

Ein Kulturbild aus dem preussischen Junkerparadies. Das preussische Schulleid wird drastisch beleuchtet durch einen Bericht über die kirchlichen und städtischen Zustände im Kreise Daxheimen in Ostpreußen. Dort wird mitgeteilt, daß im Kreise 200 Kinder fünf Monate lang wöchentlich nur zweimal drei Stunden mit den übrigen Kindern an gemeinsamen Unterricht teilgenommen haben. Außerdem sind im Sommer 2073 Kinder zu Erntearbeiten beurlaubt gewesen und haben zusammen an 17 852 Tagen die Schule verläßt. Und trotz dieses skandalösen Zustandes lassen die Junker keine Gelegenheit vorbegehen, um gegen die angebliche Belästigung und Beeinträchtigung durch den Schulunterricht zu Felde zu gehen.

Schweres Unglück. In Dorosma bei Szegedin stürzte am Montag nach einer Meldung der „Frankfurter Zeitung“ während des Unterrichts der Lehrsaal der dortigen längst baufälligen Volksschule ein und begrub 50 Kinder unter den Trümmern. 33 Kinder wurden leichter, 15 schwer, 2 tödlich verletzt. — Aus Barcelona wird gemeldet: Im Theater Alcoa gab am Montag das Geländer der Galerie beim Andrang

des Publikums nach. Einige hundert Personen stürzten 12 Meter hinunter ins Parkett; alle sind schwer, drei tödlich verletzt.

20 Kinder verschüttet. Aus Tunis wird gemeldet: In Ref stürzte ein im Bau begriffenes Haus ein und begrub die benachbarte französisch-arabische Schule unter sich. Etwa 20 eingeborene Schulkinder wurden verschüttet. Bisher sind drei Leichen und drei Schwerverletzte geborgen worden.

Brand eines englischen Dampfers. Der mit Kaufmannsgut nach Alexandria bestimmte Dampfer „Sardinia“ der Papagayanni-Elermann-Linie ist eine Seemeile vom Hafen entfernt in Brand geraten. Die Passagiere, 200 an der Zahl, und die Besatzung sprangen infolge der ausgebrochenen Panik über Bord. Starke Winde erschwerte das Rettungswerk. Bei der „Sardinia“-Katastrophe wurden 9 europäische Passagiere, 21 Mann Besatzung und 40 Araber gerettet. Vermißt werden 5 europäische Passagiere, 18 Mann Besatzung und 100 Araber. Es sind bereits über 50 Leichen, darunter die des Kapitäns Lazolo, der das Schiff seit 8 Jahren führte, geborgen. Das Feuer brach im Vorderteil des Schiffes unter dem großen Naphtha-Lager kurz nach Verlassen des Hafens aus. Die Mehrzahl der Passagiere bestand aus maurischen Pilgern. Alle aufgefundenen Leichen zeigen furchtbare Brandwunden sowie Spuren eines entsetzlichen Kampfes, der offenbar infolge der Panik unter den Mauern ausbrach. Der Kapitän weigerte sich standhaft, seinen Posten zu verlassen. Als der Dampfer-Apparat vom Feuer zerstört wurde, ging er selbst zum Handfeuerzettel auf dem Hinterdeck und bemühte sich aufs äußerste, die „Sardinia“ an Land zu bringen. Dies gelang schließlich mit Hilfe der Offiziere. Die „Sardinia“ liegt jetzt beim Fort Vicasoli auf dem Strande. Die Militärbehörde entsandte Rettungsabteilungen und Ambulanzen, auch die Kriegsschiffe halfen nach Kräften beim Rettungswerk. Die Pilger waren in Algier und Tanger an Bord gegangen, um nach Mexandrien zu reisen. Die Ursache des Feuers ist noch unbekannt. Man glaubt an eine Explosion, da auch Schießpulver beim Naphtha verstaubt war. Die überlebenden Europäer sind dem Namen nach Engländer.

Handels- und Marktnachrichten.

Lübeker Marktpreise vom 25. November.
Varenen-Butter Pfd. 1,20—1,25 Mk., Meierei-Butter Pfd. 1,35—1,40 Mk., Sahen 3,00—3,50 Mk., Euten 3,50—4 Mk., Hüner 1,60—2,00 Mk., Küken Stck. 1,60—1,80 Mk., Lauben Stck. 0,50—0,60 Mk., Gänse Pfd. 72—75 Pf., Nitzgans 2 Mk., Schinken Pfd. 1,00—1,10 Mk., Schweinskopf Pfd. 45 Pf., Wurst Pfd. 1,20—1,30 Mk., Eier 6 Stck. 60 Pf., Deringe 5 10 Pf., Dorsche genügend, Süßwasserfische genügt, Karpfen Pfd. 1 Mk., Geräuch. Lachs Pfd. 1,00—2,00 Mk., Schleie Pfd. —1,40, Brachsen Pfd. 60—70 Pf., Hechte Pfd. 60—70 Pf., Barfische Pfd. 60—70 Pf., Mal Pfd. 0,80—1 Mk., Karantischen Pfd. 80 Pf., Gemüse genügend. Mlumkohl, d. Kopf 0,20—0,30 Mk., Kohl 100 Pfd. — Mk., Gurken 100 Pfd. — Mk., Zwiebeln, hiesige Pfd. — Mk., Äpfel, verschiedene pr. 100 Pfd. — Mk., Pfäumen, pr. 100 Pfd. — Mk., Kirschen Pfd. — Pf., Kartoffeln pr. 100 Pfd. 56—60 Pf., Kartoffeln beste, 100 Pfd. — Mk., Mand Pfd. — Pf.

Getreidepreise. Lübeck, 26. November.
Weizen, 115—127 Pfd. holl. 170—194 Mk., Roggen 115—128 Pfd. holl. 150—165 Mk., Gerste, nach Qualität 160—175 Mk., Safer, nach Qualität neuer 145—165 Mk., alter 170—180 Mk. per 1000 Kilo.
Butter-Notierungen
d. Landwirtschaftskammer i. d. Provinz Schleswig-Holstein
Butter-Auktion des ostholsteinischen Meierei-Verbandes.
Danzburg, 25. November.
1 Klasse 180 Drittel zu 124,80 Mk. im Durchschnitt.
2. „ 21 117,97 Mk.
35 Drittel unverkauft.
Sternschau-Biehmarkt
25. November.
Der Schweinehandel verlief ruhig.
Zugeführt wurden 459 Stck., davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preis: Verlandtschweine schwere 66 Mk., leichte 65—66 Mk., Sauen 58—68 Mk., Ferkel 61—64 Mk. pro 100 Pfund.

Literarisches.

„In freien Stunden.“ Romanbibliothek in Wochenheften
Vor uns liegen die Hefte 45 und 46. Der Hauptroman „Der Saidak“ von Auerca Dumbrava neigt sich seinem Ende entgegen. Mit Spannung erwarten die vielen tausend Leser jede Fortsetzung dieses prächtigen Romans. Wie uns der Verlag — Buchhandlung Bornärtz, Berlin S.W. 68 — mitteilt, wird in dem neuen Jahrgang, der mit dem 1. Januar 1909 beginnt, gleichfalls ein vorzüglicher Roman zum Abdruck gebracht. Wir kommen darauf noch zurück. Jede Woche erscheint ein Heft zum Preise von 10 Pf. Jeder Parteibeitrag, jeder Kolporteur nimmt Bestellungen entgegen. Probenummern liefert der Verlag gratis und franko.
Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: F. H. Schmarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co.
Sämtlich in Lübeck.

Komitee- u. Kommissionssitzungen

Arbeiter-Nachfahrer-Verein
Fest-Komitee.
Freitag, abends 8½ Uhr im Vereinshaus.
Abrechnung.

V. G. St.
Vorstandssitzung
Freitag, den 27. Novbr., abends 9½ Uhr im Vereinshaus, Johannisstr. 50—52.

Vogis zu vermieten.
Friedenstr. 21.
Umständehalber zum 1. Januar e. Zwei-Zimmerwohnung zu vermieten. Nr. 240 Mk. Kanalstraße 22, part.

Fremdliches Vogis.
Eiffengrube 9.
2 heizbare Zimmer mit separatem Eingang für zwei Herren, am liebsten Handwerker.
Hafenstraße 22, part.
Zu verl. ein Koffin u. eine Winterjacke. Schwartzauer Allee 12c, I.

Schöne Zugänger zu verl.
Dietz, Wiedestraße 44.
Sonabend u. Sonntag steht ein großer Transport Lützenburger Ferkel zum Verkauf. Geertz Hotel, Schwartzau.

Seine Wäsche
wird sauber gewaschen und geplättet.
Wiedestraße 14, III.

Leere Schmalzeimer oder Kübel
für 25—30 Pfd. Inhalt kauft jedes Quantum Thüringer Wurst- u. Fleischkonserven-Fabrik August Scheere, Reichteich 14.
Prima Eierkartoffeln 100 Pfd. 3,50 Mk., Magnum bonum 100 Pfd. 2,75 Mk., Kleingem. Holz 500 Pfd. Wiedestraße 33.
Von heute ab bis auf weiteres:
Prima Lammfleisch
(Jahrlingslamm) per Pfd. nur 60 Pf. Scafe und Rücken 70 Pf. Johs. Ratze jun., Fleischhauerstraße 60. Fernruf 1451.

Erfinder
wenden sich am zweckmäßigsten an bedeutende Patentbureaus, deren Ruf und Leistungsfähigkeit bekannt und über deren Verlässlichkeit Auskunftsbureaus gern Auskunft erteilen.
J. Bett & Co.,
Bureau für Patentverwertung u. Erfindung. Berlin SW. 48. Q.

Visit-Karten
auf ff. Eltenbeinkarton
per 100 Stück von 1 Mk. an.
liefert prompt und sauber
Die Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.